

Michael Gehler

"...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes..."¹? Die Waldheim-Affäre 1986-1992

In den achtziger Jahren beschäftigte sich die österreichische Öffentlichkeit mit einer schier endlos anmutenden Kette von Affären und Korruptionsfällen. Bedingt durch eine schonungslose Berichterstattung in den Medien erschien der Staat als regelrechte "Skandalrepublik". Hierbei spielte die Debatte über den ehemaligen Wehrmachtsoberleutnant, österreichischen Diplomaten, UN-Generalsekretär und Kandidaten für das Bundespräsidentenamt, Kurt Waldheim, insofern eine herausragende Rolle, weil die rein politische Bedeutung der Affäre weit über die Grenzen Österreichs hinaus- und durch das internationale Echo stark auf das Land zurückwirkte. Waldheim wurde spätestens auf diese Weise zu einem der wenigen weltweit bekannten österreichischen Politiker.

Die Waldheim-Affäre fiel in eine bereits angelaufene Phase gesteigerter internationaler Aufmerksamkeit für Skandale und Korruptionsaffären in Österreich seit Mitte der achtziger Jahre. Nach einer Umfrage des Österreichischen Gallup-Institutes ließ sich für den Zeitraum von 1985 bis Anfang 1986 (also noch vor Beginn der Waldheim-Debatte) im Vergleich zu den Vorjahren "eine signifikante Steigerung von Österreich-Artikeln in der bundesdeutschen und amerikanischen Presse nachweisen". Weiters war eine deutliche Steigerung in den ersten Monaten von Januar bis April 1986 festzustellen. Das Land erhielt "eine extrem hohe mediale Aufmerksamkeit (...), die überwiegend durch eine negative Bewertung Österreichs gekennzeichnet war". Nur etwa jede achte Veröffentlichung enthielt eine positive Stellungnahme! Mehr als die Hälfte aller Artikel aus untersuchten Medien der Bundesrepublik und nahezu zwei Drittel der vergleichbaren amerikanischen Publikationen bezogen sich auf den Weinskandal, die Reder-Affäre², das VOEST-Defizit und einzelne Personaldiskussionen. Eine Befragung von österreichischen Handelsdelegierten in 70 Ländern bestätigte diese Befunde. Sowohl in der BRD als auch in den USA und Kanada war die Berichterstattung in den Medien "besonders ausführlich" und "österreichfeindlich", "zumindest aber überwiegend kritisch" erlebt worden. In den übrigen Ländern, z. B. im Fernen Osten oder Osteuropa, sei allenfalls der Weinskandal prägnant in der Öffentlichkeit dargestellt worden, während über die anderen Vorkommnisse kaum geschrieben worden sei. Nach Ansicht der Experten habe sich das "Österreich-Image" in der Bundesrepublik, in der Schweiz und in den USA "dramatisch verschlechtert". Auswirkungen würden primär

"im allgemeinen Vertrauensschwund, im Prestige- und Sympathieverlust, in Zweifeln an der Seriosität und Verstärkungen im Bereich korrupt, unzuverlässig, schlampig [sic!] gesehen. Die

¹ Das Zitat stammt von dem Journalisten Hans Rauscher, „Wieder zwei Lager?“, in: *Kurier*, 27. 6. 1987. Für kritische Anregungen zum Thema sei Thomas Angerer, Ingrid Böhler, Harald Dunajtschik und Hubert Sickinger gedankt.

² Vgl. den Beitrag von Heidi Trettler in diesem Band.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Rolle Österreichs als Vorbilds- und Musterland ist damit aus der Sicht unserer Repräsentanten im Ausland gefährdet."³

Vor dem Hintergrund dieses medialen Szenarios schien nun die Waldheim-Debatte gerade zum rechten Zeitpunkt zu kommen. Zunächst ist aber noch kurz auf eine Affäre einzugehen, die gleichermaßen die Overtüre für die Diskussion um den österreichischen Bundespräsidenten darstellte.

I. Die Affäre Reder-Frischenschlager als Auftakt

Eine erste massive Beeinträchtigung der international guten Reputation erlebte die Republik Österreich durch die Affäre Reder-Frischenschlager. Der mit Handschlag und unter Bezeichnungen wie "letzter Kriegsgefangener" erfolgte Empfang des ehemaligen Sturmbannführers der Waffen-SS Walter Reder⁴ am 24. Januar 1985 durch Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), einem ehemaligen Borodajkewycz⁵-Sympathisanten, am Flughafen Graz-Thalerhof führte zu einer ersten Regierungskrise. Die Affäre um Frischenschlager entwickelte sich rasch zum "Fall Gratz",⁶ der eine Mitverantwortung des Außenministeriums für die Affäre eingestehen mußte und sich folglich auch als SPÖ-Präsidentschaftskandidat ins Abseits manövrierte. Am 29. Januar bekannte sich Frischenschlager gegenüber Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) zu seinem Fehler.⁷

Vizekanzler Norbert Steger (FPÖ), der Reder selbst am 23. April 1980 in seinem Haftort Gaeta besucht und Unterstützung für seine Freilassung zugesichert hatte,⁸ lehnte Bagatellisierungen ab und ließ keinen Zweifel daran, daß Frischenschlager die Lage falsch eingeschätzt habe. Die FPÖ machte aber den Weiterbestand der Kleinen Koalition vom Verbleib Frischenschlagers im

³ 4. Protokoll Österreichimage, 26. 5. 1986, "Das Image Österreichs - Aspekte der Wirklichkeit. Hauptergebnisse - Kurzfassung", Anlage 2, Univ.-Doz. Dr. F. Karmasin, Österreichisches Gallup-Institut, Wien. Privat-Nachlaß Karl Gruber.

⁴ Walter Reder, dem in den dreißiger Jahren als Hochverräter die österreichische Staatsbürgerschaft aberkannt worden war (am 31. 8. 1935 wurde er Staatsbürger des Deutschen Reiches), galt als Hauptverantwortlicher für ein Massaker in Marzabotto bei Bologna, bei dem im Oktober 1944 ca. 1.800 Menschen ermordet worden waren. 1951 wurde er in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt und auf der Festung Gaeta inhaftiert. 1980 wurde seine Haft bis 1985 befristet. Reder wurde dann ein halbes Jahr früher mit einer italienischen Militärmaschine nach Graz geflogen, vgl. zum Lebenslauf Reders den Akt "Walter Reder; Haft in Italien" Zl. 514.897-pol/56. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, BKA/AA, II-pol, Italien 49; vgl. auch Peter Dusek/Anton Pelinka/Erika Weinzierl, Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918, Wien 1988,³ S. 286 sowie den Beitrag von Heidi Trettler in diesem Band.

⁵ Vgl. den Beitrag von Gérard Kasemir in diesem Band.

⁶ "Affäre Reder - Österreichs Gesichtsverlust: Schlüsselfigur Gratz", in: *Wochenpresse*, 5. 2. 1985, Nr. 6, S. 12-15. Leopold Gratz war Bürgermeister von Wien und anschließend Außenminister.

⁷ Anton Pelinka, Die Kleine Koalition SPÖ-FPÖ 1983-1986 (Studien zu Politik und Verwaltung 48), Wien - Köln - Graz 1993, S. 46-53 und 114, der offenläßt, um welche Art (moralischer, diplomatischer oder imagepolitischer) Fehler es sich handelte.

⁸ "Handschlag in Gaeta", in: *Wochenpresse*, 5. 2. 1985, Nr. 6, S. 18-19.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Amt abhängig. Steger kalmierte damit den "nationalen" Flügel seiner Partei,⁹ während Sinowatz - es lag ein ÖVP-Mißtrauensantrag gegen Frischenschlager vor - aus Gründen der Koalitionserhaltung den Verteidigungsminister in Schutz nahm. Dies wiederum erregte bei der sozialistischen Parteibasis Unmut. Zur gleichen Zeit tagte auch der World Jewish Congress (WJC) in Wien¹⁰ und übte Kritik am Empfang Reders. WJC-Exekutivdirektor Israel Singer erklärte, Österreich lehre "seine Kinder Geschichte schlecht".¹¹

Der Psychologe und Schriftsteller Wilfried Daim sah in der Affäre Reder-Frischenschlager unter Berücksichtigung langfristiger moralischer und historischer Dimensionen "Kreiskys Drachensaat" aufgehen. Daim wies hierbei auf des Kanzlers antiisraelische Außenpolitik, dessen Wertschätzung für den ehemaligen SS-Offizier Friedrich Peter (FPÖ) und seine Differenzen mit dem Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums, Simon Wiesenthal, hin.¹² Das Verhältnis der Österreicher zu ihrer NS-Vergangenheit wurde nun auch im Ausland kritisch diskutiert.¹³

Die *New York Times* und *Washington Post* plazierten den Fall auf die ersten Seiten. Die Londoner *Times* widmete sich zum zweiten Mal seit dreißig Jahren wieder ausführlich Österreich und sprach von einem Fehler, der nicht mit einer Entschuldigung wettgemacht werden könne. Frischenschlagers Verbleib im Amt lasse Zweifel an der jahrzehntelang vertretenen Auffassung aufkommen, wonach Österreich erstes Opfer Hitlers gewesen sei. Das "Antirassismushearing" im Europaparlament wurde zu einem "Anti-Frischenschlager-Tribunal", wobei pikanterweise Otto Habsburg die Rolle eines "Verteidigers" zukam. Die FPÖ geriet mit der Liberalen Internationale in Konflikt, als deren Präsident Giovanni Malagodi Steger aufforderte, jeden Verdacht umgehend auszuräumen, daß von der FPÖ neonazistische Tendenzen ausgehen würden.¹⁴ Die FPÖ solidarisierte sich mit Frischenschlager, darunter v.a. jene Mitglieder und Funktionäre, die gegen eine Fortsetzung der Kleinen Koalition waren. Besondere Zustimmung erhielt der Verteidigungsminister von Jörg Haider, der dann allerdings Frischenschlagers Selbstkritik scharf kritisierte. Die von Haider geleitete FPÖ-Landesgruppe Kärnten distanzierte sich auch von den Erklärungen des Verteidigungsministers. In weiterer Folge wurde Frischenschlager fast nur mehr im Lichte der von ihm ausgelösten Krise gesehen.

⁹ Jörg Haider hatte Frischenschlager zum Rücktritt aufgefordert, weil sich dieser (ohnehin nur halbherzig) für den ominösen Handschlag entschuldigt hatte.

¹⁰ Vgl. Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache. Erinnerungen*, Frankfurt/Main - Berlin 1988, S. 382, der bereits für diesen Zeitpunkt (Frühjahr 1985) Kontakte zwischen SPÖ und WJC für "wahrscheinlich" hält.

¹¹ Zit. n. Pelinka, *Kleine Koalition*, S. 47.

¹² "Kreiskys Drachensaat. Wilfried Daim über die moralische und historische Dimension des rot-blauen Bündnisses nach der Affäre Reder", in: *Wochenpresse*, 5. 2. 1985, Nr.6, S. 22. Es dürfte fraglich sein, ob Kreisky "antiisraelischer" *Politik* vorgeworfen werden kann, zutreffender dürfte von einer antizionistischen Haltung Kreiskys auszugehen sein; vgl. Wiesenthal, *Recht*, S. 354-359, der von "Kreiskys braune[r] Ernte" (S. 354) spricht; vgl. auch den Beitrag von Böhler in diesem Band.

¹³ Vgl. den Artikel zur Reder-Frischenschlager-Affäre "Austria Tries to Come to Terms With a Half-Buried Nazi Past", in: *International Herald Tribune*, 9./10. 3. 1985.

¹⁴ "'Das ist verheerend'. *Wochenpresse*-Korrespondenten in den USA und Westeuropa berichten über die Empörung, die der Fall Frischenschlager ausgelöst hat", in: *Wochenpresse*, 5. 2. 1985, Nr. 6, S. 14.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Am 12. Mai 1986 wurde er schließlich durch Helmut Krünes (FPÖ) abgelöst. Die Kleine Koalition hatte aber noch einmal gehalten.¹⁵

Nach kurzer Zeit waren die Diskussionen über die Rolle der Österreicher in der Ära des Nationalsozialismus indes abgeebbt. Medien und Politik gingen wieder zur Tagesordnung über. Die Affäre um Frischenschlager sollte aber nur den Auftakt für die ein Jahr später weitaus heftiger werdenden Debatten im Fall Kurt Waldheim bilden.

II. Die "Aufdecker" der Waldheim-Affäre

Zum besseren Verständnis der Affäre, die ein besonders stark personalisiertes Ereignis darstellte, müssen einige kurzbiographische Hinweise vorausgeschickt werden:

Kurt Waldheim wurde am 21. Dezember 1918 in St. Andrä-Wördern bei Tulln in Niederösterreich geboren. Nach Ableistung der einjährigen "Bundesdienstpflicht" im österreichischen Heer trat er als externer Hörer in die Konsularakademie ein und begann das Studium der Rechte an der Universität Wien. Von 1938 bis 1945 war Waldheim mit einigen Unterbrechungen in der Deutschen Wehrmacht eingesetzt. 1944 schloß er sein Studium mit dem Doktorat der Rechte ab. Sein Dissertationsthema lautete "Die Reichsidee bei Konstantin Frantz". Nach Kriegsende wirkte Waldheim zunächst als Sekretär des Außenministers Karl Gruber. Danach war er Botschaftssekretär in Paris, österreichischer Botschafter in Kanada und bei den Vereinten Nationen. Unter der Alleinregierung Josef Klaus amtierte er von 1968 bis 1970 als Außenminister. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1971 war Waldheim Spitzenkandidat der ÖVP, unterlag allerdings gegen den amtierenden Bundespräsidenten und SPÖ-Kandidaten Franz Jonas. Von 1972 bis 1981 fungierte Waldheim als Generalsekretär der Vereinten Nationen. Nach Scheitern seiner dritten Kandidatur kehrte er nach Österreich zurück.¹⁶

Gerüchte und Mutmaßungen über Waldheims Kriegsvergangenheit waren schon 1970 während seiner ersten Kandidatur aufgetaucht. Damals hatte das *Salzburger Volksblatt* am 24. Oktober insinuiert, Waldheim sei Mitglied einer "SS-Reiterstandarte" gewesen.¹⁷

Aufgrund seiner hervorragenden internationalen Karriere als Diplomat schien Waldheim aber für die Volkspartei weiterhin der ideale Kandidat für das österreichische Präsidentenamt zu sein. Am 2. März 1985 beschloß daher die ÖVP auf Vorschlag ihres Bundesparteiobmanns Alois Mock, Waldheim als Kandidaten der Volkspartei für den kommenden Bundespräsidentenwahlkampf aufzustellen. Einen Tag vorher hatte es noch ein Treffen zwischen Waldheim und Sinowatz gegeben, bei dem letzterer eine gemeinsame Nominierung nicht ausschließen wollte. Die vorzeitige Aufstellung des international bekannten Waldheim

¹⁵ *Österreichische Monatshefte (ÖMH 42)*, (1986,) Nr.4, S. 4.

¹⁶ Hans Weiß/Krista Federspiel, *Wer?*, o. O. [Wien] 1988, S. 204; Ruth Wodak/Peter Nowak/Johann Pelikan/Helmut Gruber/Rudolf de Cillia/Richard Mitten, "Wir sind alle unschuldige Täter!". Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt/Main 1990, S. 59-120, hier S. 61. Die Arbeit stellt eine unentbehrliche Grundlage zur Waldheim-Affäre dar, wenngleich die darin enthaltenen Interpretationen vom Verfasser nicht immer geteilt werden.

¹⁷ Christoph Kotanko, *Verleumdungszeugnis*, in: *profil*, 21. 4. 1986, Nr. 17, S. 22-24, hier S. 24.

brachte die SPÖ aber nun unter Zugzwang. Am 16. April machte sie mit dem damaligen Gesundheitsminister Kurt Steyrer ihren Kandidaten bekannt. Schon gegen Jahresende tauchten vereinzelte Hinweise in den Medien auf, daß ein schonungsloser Wahlkampf bevorstehen würde.¹⁸

Mit Anlaufen des Wahlkampfes für den österreichischen Bundespräsidenten seit Frühjahr 1986 setzte die Diskussion über den von der ÖVP nominierten parteilosen Kandidaten Waldheim ein,¹⁹ der ursprünglich von den westlichen Landeshauptleuten wegen des hohen Bekanntheitsgrades und seines vermeintlich guten internationalen Images favorisiert worden war. SPÖ-Führung und ihr nahestehende Kreise begingen - in der Hoffnung, die Wahlchancen Steyrers zu verbessern - einen kapitalen Fehler, als sie durch Lancierung der Wehrstammkarte Waldheims an die Medien seine Mitgliedschaft in NS-Gliederungen thematisierten und damit eine internationale Kampagne auslösten, die dem Betroffenen vorwarf, seine Kriegsteilnahme verschwiegen zu haben. Georg Tidl, "freier österreichischer Journalist", der beteuerte, "nicht im Auftrag der SPÖ gehandelt zu haben", war einer der maßgeblichen Rechercheure. Tidl gab an, Material in die USA geschickt zu haben. Von ihm stammten die Unterlagen, die über den WJC an die New York Times gelangten.²⁰ Tatsächlich hatte Waldheim seine Kriegsvergangenheit nur unvollständig dargestellt und auf diesbezügliche Fragen mißverständlich bzw. irreführend geantwortet. Wiederholt gab er an, daß er nach seiner Beinverletzung im Dezember 1941 an der Ostfront nicht mehr "kriegsdienstverwendungsfähig" gewesen sei. Er habe um Studienurlaub angesucht, der ihm genehmigt worden sei. Erst nach Abschluß des Studiums sei er wieder einberufen worden. In Wirklichkeit war Waldheim aber bereits im März 1942 nach Saloniki zur Heeresgruppe E versetzt worden.²¹

¹⁸ Vgl. Die "Kampagne" und die Kampagne mit der "Kampagne" - Die "Waldheim-Affäre", in: Wodak u.a., „Wir sind alle...“, S. 60 f.

¹⁹ Ebd., S.61 f., 61-81. Die Darstellung legt in diesem Abschnitt das Schwergewicht auf den österreichischen Antisemitismus und ist dem WJC und seinem Vorgehen sehr gewogen. So heißt es möglichst defensiv formuliert für die erste Phase der Debatte: "Zusammenfassend gesehen hatte der WJC also niemals völlig unsachlich gehandelt." (S.81); zur Rolle Bronfmans, Steinbergs, Singers vgl. die vielen Hinweise bei Eli M. Rosenbaum, *Betrayal. The untold story of the Kurt Waldheim. Investigation and cover-up*, New York 1993.

²⁰ Hubertus Czernin, Waldheim und die SA, in: *profil*, 3. 3. 1986, Nr. 10., S. 16-20; Erika Wantoch/Christoph Kotanko, "Abgekartetes Spiel. Die ÖVP legt Material vor, aber - was stichhaltig scheint, ist nicht bewiesen. Und was bewiesen scheint, ist nicht stichhaltig", in: *profil*, 6. 5. 1986, Nr. 19, S. 18-19, hier S. 19: Demnach war Tidl SPÖ-Mitglied und pflegte Beziehungen zum Zentralsekretariat der SPÖ. Helmut Zilk hatte zugunsten des freien ORF-Mitarbeiters am Königberg interveniert; Christoph Kotanko/Alfred Worm, "Der Aktenlauf. Neue Zeugen erschüttern die Verteidigung von SP-Chef Fred Sinowatz, er habe von nichts nichts gewußt", in: *profil*, 24. 8. 1987, Nr. 34, S. 10-13, hier S. 11.

²¹ Vgl. hierzu besonders Robert Edwin Herzstein, *Waldheim. The Missing Years*, New York 1988, und zur Biographie allgemein auch ders., *Accommodation to the present as prelude to rewriting history: The example of Dr. Kurt Waldheim, 1938-1980*, in: *Journal of Preventive Psychiatry and Allied Disciplines* 5 (1990), Nr.1, S. 82 f.; ders., *The Psychology and Politics of Holocaust Denial: Kurt Waldheim and the 'As If' Personality*, in: *Journal of Preventive Psychiatry and the Allied Disciplines* 4 (1990), Nr. 2/3, S. 199-218, hier S. 203 ff.; Hubertus Czernin, Waldheim und die SA, in: *profil*, 3. 3. 1986, Nr. 10, S. 17; Herzstein arbeitete noch heraus, daß Waldheims Frau NSDAP-Mitglied und ihr Vater Illegaler war, vgl. auch Shirley Hazzard, *Die Maske der Wahrheit. Zur Ohnmacht der Vereinten Nationen*. Aus dem Amerikanischen von Regina von Beckerath, München 1991, S. 162; vgl. auch Hans-Peter Born, *Für die Richtigkeit - Kurt*

Der Regierung nahestehende Personen,²² darunter auch SPÖ-Funktionäre²³ - "innenpolitische Brandstifter", so Alois Mock²⁴ - spielten beim Aufflammen in der ersten Phase der v.a. innenpolitisch geführten Debatte die Rolle von "Skandal-Aufdeckern". Es ist bemerkenswert, daß die SPÖ Aspekte der Waldheim-Debatte sogleich in ihrer Wahlkampfführung gegen den ÖVP-Kandidaten verwendete und sich vom Vorwurf der Urhebererschaft der Affäre nicht förmlich distanzierte. Die Vorgehensweise gegen Waldheim nahm konkrete Formen einer Kampagne an. Die systematische Enthüllung seiner Rolle in der NS-Zeit im Nachrichtenmagazin *profil*, in weiterer Folge auch in der internationalen Presse, die Unablässigkeit der nahezu zwei Jahre anhaltenden Berichterstattung wie die ursprünglich festzustellende Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit zur politischen Vorteilerlangung (in diesem Fall zur Schaffung vermeintlich besserer Chancen für den Gegenkandidaten bei der Wahl zum Bundespräsidenten) waren ihre besonders auffallenden Kennzeichen. Als zentrales österreichisches "Aufdeckungsorgan" diente die links-liberale Wochenzeitschrift *profil*, welche die Wehrstammkarte Waldheims im Februar 1986 veröffentlichte. Wochenlange Gerüchte um Waldheims Kriegsvergangenheit waren dieser Publikation vorausgegangen.²⁵

Mit einem Artikel vom 3. März 1986 begann die Zeitschrift, Waldheims Biographie der Jahre 1938 bis 1945 systematisch im Wochentakt zu enthüllen. Der Journalist Hubertus Czernin hatte - mit Genehmigung Waldheims - in dessen Wehrstammkarte Einsicht genommen und machte auf dessen Mitgliedschaft in der SA und im NSDStB aufmerksam. Dabei unterstrich er die Notwendigkeit, seine Kriegsvergangenheit genau zu untersuchen.²⁶

Eine Woche später bezog sich Czernin bereits auf Waldheims Funktionen als Offizier im Generalstab als „Ic“ und erwähnte dessen Auszeichnung durch Verleihung der kroatischen Zwonimir-Medaille. Zum ersten Mal war ein Bild publiziert worden, welches Waldheim in Wehrmachtsuniform zusammen mit hochrangigen Offizieren auf dem Flugfeld des montenegrinischen Cetinje zeigte.²⁷ Am 24. März wurden Informationen aus Waldheims Personalakt vom Außenministerium publiziert.²⁸

Waldheim, München 1988, S.15-29; und Kurt Waldheim. Biographische Daten, zweiter Versuch, in: *profil*, 21. 4. 1986, Nr. 17, S. 20-21.

²² Vgl. die Hinweise auf "Schuller" (Pseudonym eines Informanten mit Verbindungen zu "Helfern" in der Regierung) bei Rosenbaum, Betrayal, S. 10-20, hier S. 14 und 18 f.

²³ Vgl. hierzu Wiesenthal, Recht, S. 380 ff., 385; vgl. auch Christoph Kotanko, "Verleumdungszeugnis. Was Sie schon immer über die sog. 'Verleumdungskampagne' gegen Waldheim wissen wollten", in: *profil*, 21. 4. 1986, Nr. 17, S. 22-24.

²⁴ Alois Mock, Er ist nie von seiner Linie abgewichen, in: Karl Gruber/Robert Krapfenbauer/Walter Lammel (Hrsg.), Wir über Waldheim, Wien - Köln - Weimar 1992, S. 112-116, hier S. 114.

²⁵ Wiesenthal, Recht, S. 382; Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 99, relativieren die Rolle der SPÖ als "Anstifter" und die "Lenkung der 'Kampagne'" durch den WJC; Es ist bemerkenswert, daß Wodak u.a., S. 99, S. 105-118, 103 ff. den bei der Debatte über Waldheim zutage getretenen Charakter der Kampagne offenbar nicht wahrhaben wollen.

²⁶ Hubertus Czernin, Waldheim und die SA, in: *profil*, 3. 3. 1986, Nr. 10., S. 16-20.

²⁷ Vgl. Hubertus Czernin, "SK-Akt 235. Das 'Tagebuch in dem Verfahren zur Beurteilung des Rechtsanwaltsanwärters Dr. Kurt Waldheim' bestätigt, daß der VP-Präsidentschaftskandidat bei der SA war", und Peter Michael Lingens, "Ein echter Österreicher. Schlecht begründete Vorwürfe aus dem

Die Rolle des *profil* läßt sich in etwa so umreißen, daß einerseits durchwegs betont wurde, Waldheim sei kein Kriegsverbrecher und wohl auch kein überzeugter Nationalsozialist gewesen, andererseits wurde aber auch durchgängig seine mangelnde Glaubwürdigkeit hervorgehoben. Artikel in der *Washington Post*²⁹ und *New York Times*³⁰ - letztere bekam Dokumente vom WJC zugespielt³¹ - hatten inzwischen auch festgehalten, daß Waldheim dem "SA Reitersturm" angehört hatte. Ferner wurde auch eine UN-Kommission, die sich mit Kriegsverbrechen befaßt hatte,³² und ein Akt erwähnt, in dem Waldheims Name aufschien.³³ Dieser bildete einen

Ausland haben eine vernünftige Diskussion im Inland beinahe unmöglich gemacht", in: *profil*, 10. 3. 1986, Nr.11, S. 8-9 und S. 10-13, hier S.8.

²⁸ Hubertus Czernin, "Überleben. Die geöffnete Außenamts-Personalakte beweist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, daß Kurt Waldheim Mitglied der SA und des Studentenbundes war", in: *profil*, 24. 3. 1986, Nr.13, S. 18-21.

²⁹ "Waldheim and the uses of Ignorance", in: *Washington Post*, 9. 3. 1986.

³⁰ "Files show Kurt Waldheim Served Under War Criminal", in: *New York Times*, 4. 3. 1986; "Austrian magazine reports new data on Waldheim and Nazis", in: *New York Times*, 9. 3. 1986; zur Rolle der *New York Times* in der Anfangsphase der Debatte, vgl. Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 83-88. Die weitere Berichterstattung der *NYT* wird hier in Schutz nehmend "zwar nicht fehlerfrei oder völlig unvoreingenommen, aber ausgewogen und differenziert" bewertet (S. 96); Die *New York Times* berief sich am 9.3.1986 auf Dokumente des Jüdischen Weltkongresses, wonach Waldheim 1942/43 der Stabsleitung der Heeresgruppe des Generals Löhr angehört hatte, die den Krieg gegen die jugoslawischen Partisanen geführt und an der Deportation griechischer Juden mitgewirkt hatt; vgl. Dusek/Pelinka/Weinzierl, *Aufriß*, S. 288; vgl. dagegen den Aufsatz des deklariert "nationalfreiheitlichen" Historikers Lothar Höbelt, *Zeitgeschichtliche Austriaca. Die "Causa Waldheim" und das "Gedenkjahr 1988"*, in: *Mut*, Dezember 1987, Nr. 244, S. 38-45, hier S.38 ff. und die antifaschistisch-kommunistisch motivierte Publikation von Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky, *Pflichterfüllung für oder gegen Österreich. Historische Betrachtungen zum März 1938*, Wien 1988 [die letztgenannten Publikationen weisen auffallende Parallelen auf!]. Zur Gesamtproblematik, allerdings ohne *den* konkreten Beweis zu liefern, daß Waldheim persönlich an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen war, vgl. Robert Edwin Herzstein, *Waldheim*; sowie Richard Mitten, *The Politics of Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria*, Boulder - San Francisco - Oxford 1992.

³¹ Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 83.

³² Die UN-Dokumentation hatte im Rahmen der United War Crimes Commission ein Kriegsverbrecherarchiv eingerichtet. Diese Kommission wurde am 20.10.1943 konstituiert und hatte ihre Arbeiten bis zum März 1948 abgeschlossen. Vorrangige Aufgabe war es, Beweismaterial für Kriegsverbrechen zu sammeln. Diese Kommission hatte ihre Gesamtdokumentation der UNO übergeben. Darunter befand sich eine Akte 7744/4/G/557 (Case Nr R/N/684) zu Kurt Waldheim als Oberleutnant, "Abwehroffizier in der I c-Abteilung des Generalstabes der Heeresgruppe E vom April 1944 bis zur Kapitulation Deutschlands". Waldheim zugerechnete Handlungen betrafen Artikel der Haager Landkriegsordnung und des jugoslawischen Gesetzes über Verbrechen gegen Volk und Staat vom 28.8.1945. Unter den Beschuldigungen fand sich "Putting Hostages to death" und "Murder". Der Akt wurde von der jugoslawischen Staatskommission der UNWCC übermittelt, die den Fall am 19.2.1948 registrierte. Waldheims Verwendung als junger Diplomat im Stabe Grubers, der die jugoslawischen Ansprüche auf Kärnten abwies, könnte erklären, warum 1946/47 ein politisches Interesse Jugoslawiens bestand, Waldheim mit Kriegsverbrechen in Verbindung zu bringen. Der UN-Kriegsverbrecherakt bezog sich bzw. ging zurück auf einen jugoslawischen Kriegsverbrecher-Akt ("Odluka"). Die UN-Kommission hatte die jugoslawischen Dokumente übernommen und Waldheim auf dieser Basis als verdächtig eingestuft, Kriegsverbrechen begangen zu haben, vgl. hierzu Felix Ermacora, Zeugnis gegen die

7

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Hauptgegenstand der Kritik gegen Waldheim. In einem von ihm gegebenen Interview für die ORF-*Pressestunde* bezeichnete er "alle Behauptungen" über seine verborgene NS-Vergangenheit als "unwahr". Es handle sich um eine "großangelegte Verleumdungskampagne gegen mich, die es in der Geschichte Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg bisher nicht gegeben hat": Sie sei "seit Monaten geplant gewesen" und „zentral gesteuert“, "um Verunsicherung in der Innenpolitik und in der Bevölkerung selbst" auszulösen und sein internationales Ansehen zu zerstören. In dieser Sendung sprach Waldheim auch jenen ominösen Satz, wonach er bei der Deutschen Wehrmacht als Soldat eingerückt war, "wie hunderttausende Österreicher auch, die ihre Pflicht erfüllt haben".³⁴

Ohne zunächst inhaltlich auf die Kritik einzugehen, wurde seitens der ÖVP und Waldheim mit einer nicht ungeschickten Gegenstrategie, nämlich der "Kampagne mit der 'Kampagne'"³⁵ geantwortet. Die ÖVP bezeichnete die Angriffe gegen Waldheim als gezielte "Verleumdung" und "Diffamierung" seitens der SPÖ, die Zeitungen und dem WJC Material zugespielt habe. Waldheim sei bereits 1946 bei seinem Eintritt in das Außenamt von österreichischen Sicherheitsbehörden und bei seiner Kandidatur zum UN-Generalsekretär vom CIA, KGB und Israel überprüft worden. Nichts sei damals beanstandet worden. Die ÖVP forderte die SPÖ auf, sich derartiger Methoden zu enthalten, woraufhin letztere betonte, Waldheims Kriegsvorgang nicht zum Wahlkampfthema zu machen.³⁶

Gerechtigkeit, in: Gruber u.a., *Wir über Waldheim*, S. 33-41, hier: S.35 ff.; Karl Gruber, Da stand er noch nicht im Rampenlicht, in: ebd., S. 52-56, hier S. 55 f. und Hubertus Czernin, "Politisch nützlich". Die von Jugoslawien 1947 gegen Kurt Waldheim vorgebrachten Beschuldigungen waren willkürlich und falsch. *profil* prüfte den kompletten "Kriegsverbrecher-Akt", in: *profil*, 24. 11. 1986, Nr. 48, S. 22-24; und ders., "Nationale Interessen. Wer wußte was 1947 über Kurt Waldheim?", in: *profil*, 13. 7. 1987, Nr. 28, S. 12-14; vgl. auch das Akut-Dossier von M. Weisstätter, Die Vorwürfe der Jugoslawen gegen Waldheim, in: *Wiener*, Februar 1988, S. 1-3; die Dezember-Ausgabe (1987) des *Wiener* mit dem Titel "Waldheim stürzt" war beschlagnahmt worden, nachdem Waldheim den Staatsanwalt dazu ermächtigt hatte.

³³ "Nichts Neues in UNO-Akte über Waldheim. Ermacora sichtete als erster Österreicher das New Yorker Archiv", in: *Tiroler Tageszeitung*, 23. 12. 1987,

³⁴ *ORF-Pressestunde*, 9. 3. 1986 (Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers), *New York Times*, 9.3.1986.

³⁵ Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 99; vgl. auch Richard Mitten, Die Kampagne mit der "Kampagne": Waldheim, der Jüdische Weltkongreß und "das Ausland", in: *Zeitgeschichte* 17 (Januar 1990), S. 175-195 und Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 105-118, hier S.103 ff., dessen Typisierung der Gegenargumentation der Waldheim-Verteidiger zutreffend ist. Dies ändert jedoch nichts am Antwortcharakter der Gegenkampagne und dem faktischen Prius der Kampagne gegen Waldheim selbst - also ohne Anführungszeichen; Wiesenthal, *Recht*, S. 383 f. spricht von der "Maschinerie" des WJC und erwähnt "ihre lang vorbereitete Kampagne"; vgl. auch Andreas Khol/Theodor Faulhaber/Günther Ofner (Hrsg.), *Die Kampagne. Kurt Waldheim - Opfer oder Täter? Hintergründe und Szenen eines Falles von Medienjustiz*, München - Berlin 1987.

³⁶ Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 65ff.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Am 24. März 1986 folgte ein Interview mit Israel Singer und Elan Steinberg vom WJC im *profil*, welches Stellen aufwies, die einer Drohung³⁷ gegenüber jenen Österreichern gleichkamen, die Waldheim zu wählen beabsichtigten. Singer führte aus:

"Die österreichische Bevölkerung sollte sich im klaren sein, daß, falls Waldheim gewählt werden würde, die nächsten Jahre kein Honiglecken für die Österreicher werden. Wenn er nicht bis zu seiner Wahl die Vergangenheit rücksichtslos und lückenlos offenlegt, wird dies ihn und jeden Österreicher die nächsten Jahre verfolgen. Bitburg war schlimm genug, dauerte jedoch nur einen Tag; die Aktionen gegen Waldheim werden sechs Jahre lang dauern. (...) Wir reden hier nicht von Aktionen gegen Österreich. Die Österreicher stellen die Bedingungen, sie schaffen die Fakten. Sie wählen einen Vertreter, nicht wir. Und es wird für sie vielleicht die wichtigste Wahl seit 1945 sein. Es wird der Welt zeigen, ob es ein neues Österreich gibt, eines, welches sich von der Vergangenheit gelöst hat. Die Österreicher müssen die Konsequenzen tragen, und ich kann Ihnen verraten, die nächsten sechs Jahre mit Waldheim werden keine einfachen sein."³⁸

Am 7. April 1986 schrieb Czernin, der im Unterschied zum meinungsbildenden *profil*-Journalisten Lingens mehr dokumentarisch tätig war, von der Gefangennahme und Deportation von 40.000 Juden von Saloniki im März und April 1943 in die Vernichtungslager. Der Journalist nahm dabei auch Bezug auf Waldheims Stellung in Arsakli und einen Belastungszeugen, der 1947 gegen Waldheim ausgesagt hatte und im UN-Akt zitiert war.³⁹

Zwei Wochen später deutete Czernin Waldheims Mitwissen über Deportationen von Juden an.⁴⁰ In der zweiten Märzhälfte hatte der WJC die Aufnahme Waldheims auf die "Watchlist" des amerikanischen Justizministeriums beantragt.⁴¹ Daneben hielt er unter Mitwirkung von Israel Singer, Elan Steinberg und dem Historiker Robert E. Herzstein eine Pressekonferenz zum Thema in New York ab. Die Art, mit der der WJC die Waldheim-Affäre anging, war nicht

³⁷ Ebd., S. 111 ff., Wodak u.a. setzen "Drohung" in Anführungszeichen und schreiben, daß Passagen des Interviews als Drohung "empfunden werden *könnten* [Herv.M.G.]". Für die Autoren sind lediglich die Reaktionen in Österreich auf das Interview "eklatant", nicht aber die Aussagen Steinbergs und Singers.

³⁸ "Soll ein ehemaliger Nazi und Lügner Vertreter Österreichs sein?" Peter Sichrovsky sprach mit Israel Singer (Generalsekretär) und Elan Steinberg (Executive Director) vom World Jewish Congress", in: *profil*, 24. 3. 1986, Nr.14, S. 24-26, hier S.25f.

³⁹ Hubertus Czernin/Nikos Chilas, "'Im Walzertakt verprügeln'. Von den Deportationen von mehr als 40.000 Juden aus Saloniki will Kurt Waldheim nichts bemerkt haben. Die Berichte über den 'Judenabschub' von den griechischen Inseln hat er nicht gelesen. Obwohl sie an seine Abteilung gerichtet waren", in: *profil*, 7. 4. 1986, Nr. 15, S. 16-19; Hubertus Czernin, "Mayer, nicht Meier. Vor 14 Jahren starb jener Mann, der Kurt Waldheim 1947 fälschlicherweise zum Kriegsverbrecher machte", in: ebd., S. 18-19.

⁴⁰ Hubertus Czernin, "Der Mitwisser. Was Kurt Waldheim 1943 in Athen machte und wer 1944 jenes Massaker anrichtete, das dem Präsidentschaftskandidaten im Kriegsverbrecherakt angelastet wird", in: *profil*, 21. 4. 1986, Nr. 17, S. 19-21.

⁴¹ Vgl. *profil*, 7. 4. 1986, Nr.15; Watchlist-Entscheidung des US-Justizministeriums betreffend den Herrn Bundespräsidenten; Chronologie; Tätigkeit der Botschaft in Washington (für die Mitglieder des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats) [Privatbesitz]; zu den Aktivitäten des WJC bzw. zum Antrag, Waldheim auf die Watchlist zu setzen vgl. Esther Schollum, Die "Waldheim-Kampagne" in den österreichischen und internationalen Medien, in: Khol/Faulhaber/Ofner, Die Kampagne, S. 15-118, hier S. 26-38 und S. 35 f.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

unproblematisch: Sie führte zu heftiger Gegenkritik,⁴² zumal die unprofessionelle und emotionale Herangehensweise zum Vorschein kam und es "offensichtlich" war, "daß noch Akten gesammelt wurden, als bereits die ersten öffentlichen Anschuldigungen ausgesprochen wurden". Die Sprache des WJC war "manchmal zügellos und unnötigerweise auf Konfrontation aus". Weil der WJC "rachsüchtig zu sein schien, schlecht vorbereitet und nach Schlagzeilen suchend", sei eine Vielzahl des eventuell vorhandenen Beweismaterials beeinträchtigt worden:

"Was bedeutet es, Mitglied eines SA-Reitklubs zu sein oder einer Nazi-Studentenorganisation im Österreich nach dem Anschluß von 1938 angehört zu haben? Wie war die Machtteilung innerhalb der Armee, der SS und der Gestapo beim Transport griechischer Juden nach Auschwitz? Wer erhielt Kriegssorden des kroatischen Marionettenstaates und unter welchen Umständen?"⁴³

Shlomo Avineri, Professor für politische Wissenschaft an der Hebräischen Universität in Jerusalem und ehemaliger Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, stellte nicht nur diese Fragen, sondern kritisierte auch die unverantwortliche Vorgangsweise der Organisation des WJC, "die von ihren Aktionen am meisten betroffene jüdische Gemeinde, nämlich die Österreichs, zu ignorieren".⁴⁴

Kritiker an der Vorgangsweise des WJC, wie der Honorarprofessor für Antike Staatslehre und Römisches Staatsrecht an der Universität Salzburg, Thomas Chaimowicz, sprachen sich auch "gegen die Form der Menschenjagd" aus, die praktiziert werde. Angesehene Juden forderten den Rücktritt Edgar Bronfmans und seiner engsten Mitarbeiter, nicht nur,

"weil sie ohne wirkliche Kenntnis Österreichs als Richter auftraten, ohne die Voraussetzungen hierfür mitzubringen, sondern weil sie gegen eine vieltausendjährige jüdische ethnische Tradition verstoßen, die uns wie unseren christlichen Brüdern verbietet, Menschen als Verbrecher zu behandeln, deren Schuld im Sinne der Anklage nicht erwiesen ist!"

Niemand habe "das Recht um der Rechthaberei willen eine Staatskrise in Permanenz auszulösen, die dem freien, wiederentstandenen Österreich ein Ende bereiten könnte".⁴⁵

Der für seine Aufgeschlossenheit für den christlich-jüdischen Dialog bekannte Wiener ÖVP-Politiker Erhard Busek, der Wahlplakate seiner Partei mit gelbem Untergrund und roter Aufschrift "Wir Österreicher wählen, wen wir wollen" aus Wien entfernen ließ, war bezüglich des WJC auch "bestürzt über die Leichtigkeit, mit der solche Vorwürfe erhoben werden". Mit der Pressekonferenz habe der WJC "auf den Eindruck in der amerikanischen Öffentlichkeit"

⁴² Den WJC zu Unrecht angegriffen von der österreichischen Öffentlichkeit und den Medien sehen Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 99 f., wobei auch Simon Wiesenthal kritisiert wird (S. 110 f.); Ursache und Wirkung sollten dabei aber stärker auseinandergehalten werden.

⁴³ Shlomo Avineri, Die Rolle des "World Jewish Congress", in: *Kurier*, 7. 8. 1987.

⁴⁴ *Kurier*, 8. 8. 1987.

⁴⁵ Thomas Chaimowicz, "Österreichisches Dilemma", in: *Neue Kronenzeitung*, 27. 10. 1987.

abzielen wollen: "Sie wollten offensichtlich nicht mit dem Präsidentschaftskandidaten, sondern mit dem ehemaligen UN-Generalsekretär eine Rechnung begleichen."⁴⁶

Seriöse historisch-wissenschaftliche Aufarbeitung schien weniger eine Rolle zu spielen als die Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit zur Delegitimierung des "Gegners" und zur eigenen politischen Vorteilsverschaffung. Am 10. April stellte der US-Kongreß auf Resolutionsantrag von Senator Wilson den Antrag auf Einleitung einer Untersuchung gegen Waldheim.⁴⁷ Nach einer Intervention des österreichischen Botschafters in Washington, Thomas Klestil, warf der WJC am 19. April der Österreichischen Botschaft vor, in der Causa Waldheim "parteiisch zu sein und zu versuchen, die Veröffentlichung von Dokumenten zu unterdrücken".⁴⁸ Letzteres blieb unbewiesen und ersteres konnte ihr schwerlich vorgewiesen werden: Sollte die Botschaft etwa gegen Waldheim Stellung beziehen?

Klestil hatte wiederholt darauf hingewiesen, daß eine Plazierung Waldheims auf die Watchlist als Einmischung in den österreichischen Präsidentschaftswahlkampf aufgefaßt werden könne und außenpolitische Rückwirkungen habe.⁴⁹

Der amtierende Bundespräsident Rudolf Kirchschläger ließ in einer "Erklärung an die österreichische Nation" am 22. April 1986 wissen, daß er es - wäre er Staatsanwalt - nicht verantworten könnte, aufgrund der vorgelegten Materialien Anklage gegen Waldheim vor einem ordentlichen Gericht zu erheben. Als Ordonnanzoffizier müßte er jedoch in seinem militärischen Zuständigkeitsbereich im Bilde gewesen sein. Kirchschläger hielt auch fest:

"Mit Schuldzuweisungen müssen alle Völker vorsichtig sein. Gerade der Aufbruch vieler, offensichtlich nur notdürftig vernarbter Wunden in der letzten Zeit läßt mich vermuten, daß wohl keine der europäischen Nationen - und wohl Amerika miteingeschlossen - die Vergangenheit ganz bewältigt hat."⁵⁰

Insgesamt betrachtet lieferte Kirchschläger Befürwortern wie Gegnern Waldheims Argumente: Es gebe keine Beweise für eine direkte persönliche Teilnahme Waldheims an Kriegsverbrechen, wohl aber für seine Verwicklung durch Mitwisserschaft und seine Funktion als Informationsverteiler.

Am 22. April fand ein Hearing im Committee on Foreign Affairs des Repräsentantenhauses in Washington statt, bei dem die "Zeugen" Rabbi Marvin Hier vom Simon Wiesenthal Center, Eli Rosenbaum, General Counsel des WJC, und Waldheims Sohn Gerhard, sowie Außenminister a.D. Karl Gruber von den Abgeordneten Stephen J. Solarz (New York), Gus Yatron

⁴⁶ "Die ÖVP-Plakate müssen schleunigst verschwinden.' Helmut Voska sprach unmittelbar vor dessen Abflug nach China mit Erhard Busek", in: *profil*, 14. 4. 1986, Nr.16, S. 20-23.

⁴⁷ Watchlist-Entscheidung des US-Justizministeriums betreffend den Herrn Bundespräsidenten; Chronologie; Tätigkeit der Botschaft in Washington (für die Mitglieder des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats) [Privatbesitz].

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Rosenbaum, *Betrayal*, S. 294, 468.

⁵⁰ Vgl. Schollum, *Die "Waldheim-Kampagne"*, S. 56-59 und Fernsehansprache von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger zu den "Waldheim-Dokumenten" (22. April 1986), in: Khol/Faulhaber/Ofner, *Die Kampagne*, S. 347-353.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

(Pennsylvania), Tom Lantos (California), Christopher H. Smith (New Jersey) und Gary L. Ackerman (New York) angehört wurden.⁵¹

Mit dem herannahenden Wahltermin zog sich das *profil* aus der vordersten Front der enthüllenden und waldheimkritischen Medien etwas zurück. Der Einschätzung der Sachlage durch Kirchschräger wurde Beachtung geschenkt und Anerkennung zuteil. Die Rolle als Skandalisierer spielte dann in weiterer Folge v.a. der WJC - "zweifellos der Hauptakteur bei den Enthüllungen über Kurt Waldheims Vergangenheit"⁵² -, der das Thema verstärkt aufgriff und intensiv verbreitete, indem amerikanische Printmedien gezielt mit "Informationen" versorgt wurden. Die Debatte erhielt dadurch in Kürze eine internationale Dimension,⁵³ wobei Österreich, die Österreicher, der Nationalsozialismus und der Holocaust sowie Kurt Waldheim in undifferenzierter Weise miteinander vermischt wurden. Die Art der Wahlkampfführung in Österreich erreichte erstmals "amerikanische" Formen, als massive Eingriffe in das Privatleben der Kandidaten erfolgten und gegenseitige Verunglimpfungen die Medienszenarie beherrschten. Härte und Offenheit der Auseinandersetzungen⁵⁴ förderten einen Trend zu einer Entsakralisierung des Präsidentschaftsamtes.⁵⁵

Waldheims verhängnisvolle und wenig überzeugende Rechtfertigung, er habe damals nur seine "Pflicht" getan, ließ die verbreitete Auffassung an Glaubwürdigkeit verlieren, wonach Österreich erstes Opfer Hitlers gewesen sei, und stempelte diese Doktrin zur opportunen Teilwahrheit einer Politikergeneration, die um den Abschluß des Staatsvertrages gerungen hatte. Diese hatte, ausgehend von der Moskauer Deklaration von 1943, Österreich als erstes Opfer der Hitlerschen Aggressionspolitik interpretiert und hierbei den Widerstand von Österreichern gegen den Nationalsozialismus betont. Vor diesem Hintergrund wirkte das Diktum von der "Pflichterfüllung" für die Deutsche Wehrmacht problematisch und lenkte gleichzeitig (in Form einer unbeabsichtigten Nebenfolge) die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Frage der Mitwirkung von Österreichern an den Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges. Die als Schlüsselaussage Waldheims bewertete Äußerung war zwar authentischer als viele andere von ihm abgegebenen Erklärungen, zumal dies von ihm wie von vielen Österreichern, die in der

⁵¹ Hearing before the Subcommittee on Human Rights and international Organizations of the Committee on Foreign Affairs House of Representatives, Ninety-Ninth Congress, Second Session, 22. 4. 1986, Washington 1986, S. 1-80; vgl. Elaine Sciolino, "An Austrian O.S.S. Man is linked to Waldheim", in: New York Times, 25. 4. 1986.

⁵² Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 69.

⁵³ Martin Pennitz, Der "Irritation" im Ausland müssen wir uns stellen, in: (*ÖMH*) 42 (1986), Nr. 6, S. 28-30; Vgl. den für das Zeitklima typischen Beitrag von Georg Potyka [österr. Botschafter in Bagdad], Waldheim, Österreich und die Welt. Betrachtungen zum jüngsten Parteitag der Wiener SPÖ, in: *ÖMH* 43 (1987), Nr. 4, S. 23; Raab war allerdings nicht in einem KZ inhaftiert.

⁵⁴ Ferdinand Karlhofer/Bernhard Natter, Konvergenz der Werte - Streit um Worte. Zur Erosion etablierter politischer Diskursformen in den achtziger Jahren, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 18 (1989), S. 129-140.

⁵⁵ Hans-Georg Heinrich/Manfried Welan, Der Bundespräsident, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Franz Horner/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1991, S. 134-139.

Wehrmacht Dienst versahen, subjektiv so empfunden wurde, stand aber in krassem Widerspruch zu jener Gründungsdoktrin der Zweiten Republik.⁵⁶

Die vom WJC unter Präsident Edgar Bronfman emotional angeheizten und von Teilen der ausländischen Medien heftig vorgetragenen Attacken⁵⁷ auf den Präsidentschaftskandidaten Waldheim führten zu einem Mitleids- bzw. Solidarisierungseffekt in der österreichischen Öffentlichkeit⁵⁸ und zu verbalen Entgleisungen selbst hochrangiger Politiker. Mit Ausnahme der *Salzburger Nachrichten* und des *profil* überzeichneten österreichische Printmedien ihrerseits die "Angriffe von außen" gegen Waldheim. Hierbei wurde auch nicht zwischen der Kritik an Waldheims Glaubwürdigkeit und den fallweise unqualifizierten Kriegsverbrecher-Anschuldigungen unterschieden. Letztere wurden sogar bevorzugt aufgegriffen, um die Unseriosität und Unhaltbarkeit der Kritik herauszustellen. Es wurde nicht mehr vom "WJC" gesprochen, sondern undifferenziert von "den Juden" und der Verdacht der "Weltverschwörung" in der Tradition der Legendenbildung offen artikuliert. ÖVP-Generalsekretär Michael Graff mußte auf parteiinterne und öffentliche Kritik hin am 18. November 1987 zurücktreten, nachdem er in einem Interview mit dem französischen Nachrichtenmagazin *L'Express* behauptet hatte, eine Schuld des bereits amtierenden Präsidenten sei nicht gegeben, "solange nicht bewiesen sei, daß Waldheim eigenhändig sechs Juden erwürgt habe".⁵⁹ Er bewies damit nicht nur mangelnde Sensibilität, sondern auch Geschmacklosigkeit.

⁵⁶ Robert Knight, The Waldheim-context. Austria and Nazism, in: *The Times Literary Supplement*, London, 3. 10. 1986, S. 1083-1084, hier S. 1083; ders., Der Waldheim-Kontext: Österreich und der Nationalsozialismus, in: Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Hrsg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker* (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 13), Frankfurt - New York 1994, S. 78-88; Helmut Rumpler, Ein ehemaliger Österreicher namens Adolf Hitler, in: Othmar Karas (Hrsg.), *Die Lehre. Österreich: Schicksalslinien einer europäischen Demokratie* (Schriftenreihe Sicherheit & Demokratie), Wien - Graz 1988, S. 75-95; vgl. auch Günter Bischof, Die Instrumentalisierung der Moskauer Erklärung nach dem 2. Weltkrieg, in: *Zeitgeschichte* 20 (1993), Heft 11/12, S. 345-366 mit der relevanten und neuesten Literatur; vgl. die kritischen Anmerkungen hierzu in meinem Beitrag "Die Besatzungsmächte sollen schnellstmöglich nach Hause gehen." Zur österreichischen Interessenpolitik des Außenministers Karl Gruber 1945-1953 und zu weiterführenden Fragen eines kontroversen Forschungsprojekts, in: *Christliche Demokratie* 11 (1994), Nr. 1, S. 27-78, hier S. 42 f. und 70ff.

⁵⁷ Vgl. hierzu Schollum, Die "Waldheim-Kampagne", in: Khol/Faulhaber/Ofner, *Die Kampagne*, S. 15-118.

⁵⁸ Vgl. Alfred Ableitinger, Bundespräsidentenwahl und Historie, in: *Österreichische Monatshefte* 42 (1986) Nr. 4, S. 11-12, der hierin die These entwickelt, daß sich die Waldheim-Angriffe auch gegen wesentliche Elemente des Grundkonsensus der Zweiten Republik richteten, die "Versöhnung", "Integration", "Ausgleichen", "Verzeihen" etc. hießen.

⁵⁹ Zit. n. Dusek/Pelinka/Weinzierl, *Aufriß*, S. 296; Lothar Höbelt, Wider die Pauschalisierungstendenz. Wie stehen wir zum März '38? in: *Kärntner Nachrichten*, 11. 2. 1988, sprach sich gegen die Schaffung eines Spezialkodex (für Juden) aus - "ein solcher Sonderstatus ist genau das, was der betreffenden Gruppe am meisten zu schaden vermag" - und stellte hierbei in Klammern die ketzerische Frage: "Oder glaubt wirklich jemand, Michael Graff wäre zum Rücktritt veranlaßt worden, hätte er von 'sechs Griechen' oder 'sechs Bosniern' gesprochen?"; vgl. auch Ruth Wodak/Rudolf De Cillia, Sprache und Antisemitismus. Judenfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs in Österreich, in: *Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst* 43 (1988), Nr. 3, S. 2-28; vgl. die Aufsätze von John Bunzl, Zur Geschichte des Antisemitismus in Österreich und Bernd Marin, Ein historisch neuartiger "Antisemitismus ohne Antisemiten", in: dies., *Antisemitismus in Österreich*, Innsbruck 1983, S. 9-88, 171-192; Heinz Kienzl, *Antisemitismus in Österreich. Eine Studie der österreichischen demoskopischen Institute*, Wien 1987.

Noch ein halbes Jahr vorher hatte Graff versucht, gegen antisemitische Untertöne in den eigenen Parteimedien vorzugehen. In der Zwischenzeit hatte sich aber der Diskurs um das österreichische Staatsoberhaupt verschärft. Im Ausland begann Österreich nicht mehr als "Insel der Seligen", sondern als "Paria-Staat" und „Brutstätte des Nationalsozialismus“ zu figurieren und wurde dabei laut österreichischer Waldheim-Befürworter zum "internationalen Sündenbock" stilisiert,⁶⁰ während im Inland Intellektuelle zur "Trauerarbeit" aufforderten.⁶¹

III. Waldheim wird trotz "Campaign" gewählt

Am 2. Mai beschloß der US-Senat, das Department of Justice aufzufordern, die Dokumente des WJC betreffend Waldheim sorgfältig und rasch zu prüfen.⁶²

Im ersten Wahlgang am 4. Mai 1986 konnte keiner der Kandidaten - neben Waldheim (49,64 Prozent) und Steyrer (43,66 Prozent) waren noch der Kärntner Arzt Otto Scrinzi (1,2 Prozent) für das deutschnational und rechtsextreme Spektrum und die Intellektuelle Freda Meissner-Blau (5,5 Prozent) für die Grün-Alternativen angetreten - die absolute Mehrheit erreichen. Im zweiten Wahlgang vom 8. Juni 1986 errang der ehemalige Oberleutnant der deutschen Wehrmacht bei einer 87,17prozentigen Beteiligung 53,89 Prozent der Stimmen, das beste Ergebnis, welches ein nicht amtierender Bundespräsident bisher erzielt hatte.⁶³

Gleich am Abend des Sieges gab Waldheim seine Absicht kund, die Gräben zuschütten zu wollen, die während des Wahlkampfes aufgerissen worden waren. Aus dem Ergebnis der Wahl zog Kanzler Sinowatz, Hauptexponent der SPÖ-Kritik am ÖVP-Präsidentschaftskandidaten, die Konsequenzen - dessen Kabinettschef Hans Pusch soll bei der Enthüllung der Causa Waldheim maßgeblich involviert gewesen sein⁶⁴ - und trat am 9. Juni 1986 zurück. Es ist auffallend, daß

⁶⁰ So Thomas Chorherr, "Aus der 'Insel der Seligen' wurde ein Paria-Staat", in: *Die Presse*, 4./5. 7. 1987, S. 5.

⁶¹ Vgl. hierzu den Sammelband von Anton Pelinka/Erika Weinzierl (Hrsg.), *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*, Wien 1987; zur Waldheim-Debatte vgl. Helmut Gruber, *Antisemitismus im Mediendiskurs. Die Affäre "Waldheim" in der Tagespresse*, Wiesbaden 1991; Bernhard Heindl, "Wir Österreicher sind ein anständiges Volk". Kurt Waldheim, Linz 1991; vgl. dagegen Andreas Khol (Hrsg.), *Die Kampagne. Kurt Waldheim - Opfer oder Täter? Hintergründe und Szenen eines Falles von Medienjustiz*, München 1987²; *Pflichterfüllung. Ein Bericht über Kurt Waldheim*, hrsg. von der Gruppe "Neues Österreich", Wien 1986; Jack Salzman, *Kurt Waldheim. A case to answer?*, London 1988.

⁶² Watchlist-Entscheidung des US-Justizministeriums betreffend den Herrn Bundespräsidenten; Chronologie; Tätigkeit der Botschaft Washington (für die Mitglieder des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats) [Privatbesitz].

⁶³ Vgl. hierzu Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neustrukturierung des österreichischen Parteiensystems 1986*, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1986, hrsg. v. Andreas Khol/Günther Ofner/Alfred Stirnemann, Wien - München 1987, S. 31-77; Fritz Plasser/Franz Sommer/Karl Spitzenberger, *Analyse der Präsidentschaftswahl vom 4. Mai 1986*, in: *ÖMH* 42 (1986), Nr. 3, S. 19-22; Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Ein Beben mit Folgen. Die Präsidentschaftswahl 1986*, in: *ÖMH* 42 (1986), Nr. 4, S. 6-10.

⁶⁴ Christoph Kotanko, "Biedermänner und Brandstifter. Bruno Kreisky kann beweisen, daß die SPÖ im Besitz von Waldheim-Akten war", in: *profil*, 17. 8. 1987, Nr. 33, S. 10-13, hier S. 11 f.; ders./ Alfred Worm, "Der Aktenlauf. Neue Zeugen erschüttern die Verteidigung von SP-Chef Fred Sinowatz, er habe

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

die SPÖ - mit Ausnahme ihrer Wiener Landesorganisation - nach der Wahl Waldheims kein Interesse mehr an der Kampagne zeigte und sich vom Thema Waldheim zurückzog.

Unmittelbar nach der Präsidentenwahl war der Ton der Artikel im *profil* gemäßiger und modifiziert. Am 15. September verlieh Czernin der Waldheim-Debatte einen neuen Akzent, als er von der Möglichkeit eines Einreiseverbots in die USA berichtete. Bereits im April 1986 hatte es in amerikanischen Medien Hinweise gegeben, wonach eine solche Maßnahme erwogen werde. Der österreichischen Botschaft in Washington wurde am 25. April durch das State Department erklärt, daß das amerikanische Justizministerium während des Wahlkampfes voraussichtlich keine Entscheidung treffen werde. Anfang August 1986 forderte der WJC das Justizministerium auf, den Namen Waldheims auf die Watchlist zu setzen. Am 30. September wies Wien auf die schwerwiegenden politischen Folgen hin, welche eine für Österreich negative Entscheidung des Department of Justice für die Beziehungen zu Washington nach sich ziehen würde, "da die österreichische Öffentlichkeit kein Verständnis für einen solchen Schritt aufbrächte".⁶⁵

IV. Die Skandalisierung erfährt durch die Watchlist-Entscheidung einen vorläufigen Höhepunkt

Dem Rücktritt von Sinowatz folgte im Spätsommer der zweite innenpolitische Paukenschlag im Zuge des sich verschlechternden Klimas. Von der Koalition mit den Freiheitlichen trennte sich der modernes und effizientes Management repräsentierende neue Bundeskanzler Franz Vranitzky nach dem FPÖ-Parteitag am 13. September 1986 in Innsbruck, der in einer Kampfabstimmung den bisherigen Vizekanzler Steger (39,2 Prozent, 179 Stimmen) durch den populistisch agierenden 36-jährigen Jörg Haider (57,7 Prozent, 263 Stimmen) ersetzte.⁶⁶ Der Sieger profitierte auch von der politischen Stimmung in Österreich, die im Zuge der Reder-Frischenschlager-Affäre, v.a. aber durch den Waldheim-Wahlkampf, entstanden war und den bisher eingebundenen „nationalen“ Teil der Partei mobilisiert hatte. Verlierer Steger machte unmißverständlich klar, daß mit seiner Niederlage auch die liberale Konzeption in der Partei abgewählt worden sei. In weiterer Folge konnte die FPÖ unter Haiders Führung⁶⁷ von der

von nichts nichts gewußt", in: *profil*, 24. 8. 1987, Nr. 34, S. 10-13. Pusch hatte bereits im August 1985 Kontakte zum US-Journalisten James Dorsey aufgenommen und diesen von der Waldheim-Angelegenheit informiert; vgl. auch „Im Namen der Republik“, in: *profil* (Dokumente), 7. 12. 1987, Nr. 49, S. 1-16, hier S. 14 f. und "'Braune Vergangenheit'. Ein neuer Zeuge und neue Dokumente gegen Fred Sinowatz tauchten auf. Zeuge und Dokumente kommen spät - aber gerade rechtzeitig zum Sinowatz-Prozeß", in: *profil*, 9. 4. 1990, Nr. 15, S. 27-29.

⁶⁵ Erklärungen des Vizekanzlers und Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock vor dem Nationalrat am 14. 5. 1987 (Chronologie).

⁶⁶ Michael Morass/Helmut Reischenböck, Parteien und Populismus in Österreich, in: Anton Pelinka (Hrsg.), Populismus in Österreich, Wien 1987, S. 36-59; Archiv der *Austria Presse-Agentur*, APA 230 5 II 0252, zu FPÖ/Haider/Hintergrund/Chronologie vom 5. März 1992.

⁶⁷ Brigitte Bailer-Galanda, Die neue Rechte. Jörg Haider - ein Politiker der neuen oder der ganzen alten Art?, Wien 1989; dies., Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Eine Dokumentation, Wien 1987; genauer Gero Fischer (Hrsg.), "Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen. An den rechten Rand Europas": Jörg Haiders "Erneuerungspolitik", Klagenfurt 1990; Harald Goldmann/Hannes Kraft/Klaus Ottomeyer, Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung (Dissertationen und Abhandlungen/Slowenisches Institut zur Alpen-Adria-Forschung 28), Klagenfurt 1992; vgl. auch den Beitrag von Brigitte Bailer in diesem Band.

neuen politischen Atmosphäre mit verbal weitgehend herabgesetzten Hemmschwellen Nutzen ziehen und eine wesentliche Verbreiterung ihres Wählerpotentials erreichen.

Die Nationalratswahl am 23. November 1986 erbrachte trotz starker Verluste (minus 4,5 Prozent) eine relative Mehrheit für die SPÖ (80 Mandate). Die ÖVP konnte zwar ihren Abstand zur SPÖ verringern (77 Mandate), vom erhofften Sog des Waldheim-Siegs für sich aber nicht profitieren und verlor 1,9 Prozent. Die FPÖ verdoppelte ihre Stimmen (von 4,79 auf 9,73 Prozent und 18 Mandate), während die Grünen mit 4,82 Prozent erstmals ins Parlament (8 Sitze) einzogen.⁶⁸ Zum ersten Mal seit 1959 waren damit im Nationalrat wieder vier Parteien vertreten. Der Wahlausgang stellte die Weichen für eine Große Koalition, die seit Januar 1987 als "Sanierungs- und Erneuerungsgemeinschaft" - so die Sprachregelung der ÖVP - wieder aktiviert wurde.⁶⁹

Außenpolitisch galt es, die zunehmende Isolierung Österreichs zu überwinden. Der Waldheim nahestehende neue Außenminister Alois Mock war gleichzeitig Vizekanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann. Der Umstand, daß das Außenministerium, ein traditionelles SPÖ-Ressort, dem Koalitionspartner "geopfert" wurde, löste erbitterte Kritik bei Altkanzler Kreisky aus, der nicht nur seine alte Freundschaft mit dem amtierenden Präsidenten aufgekündigt hatte, sondern auch den Ehrenvorsitz und alle seine Parteiämter der SPÖ niederlegte.⁷⁰

Da Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre Fragen des Auswärtigen zum Hauptaktionsfeld österreichischer Regierungspolitik wurden und die Außenpolitik⁷¹ mehr und mehr die Öffentlichkeit zu interessieren und die Innenpolitik zu überlagern begann,⁷² kam es zwangsläufig zu Koordinationsschwierigkeiten und Kompetenzüberschneidungen zwischen Kanzleramt und Außenministerium, wobei die Auffassungen zwischen den Akteuren nicht selten differierten und zu Koalitionskrisen führten. Das Tandem Vranitzky-Mock funktionierte in außenpolitischen Fragen nur selten konfliktfrei. Die beiden Koalitionsparteien betrieben Außenpolitik in der Regel gegeneinander. Lediglich in der Bejahung des Staatsoberhauptes nach seiner Amtsübernahme wurde der gemeinsame Wunsch zur Aufrechterhaltung des Status quo evident. Im Zuge des Amtsantritts Waldheims erfuhr auch das föderalistische Prinzip indirekt eine Stärkung. Die Bundesländer erlebten eine sichtbare Aufwertung: Die nicht mehr sehr zahlreichen ausländischen Staatsgäste wurden nun in den Landeshauptstädten empfangen, um Unannehmlichkeiten (d.h. ein in Wien sonst unvermeidliches Zusammentreffen mit dem international "geschnittenen" Bundespräsidenten) zu vermeiden.⁷³

⁶⁸ Vgl. hierzu Fritz Plasser/Peter A. Ulram, Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neustrukturierung des österreichischen Parteiensystems 1986, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1986, hrsg. v. Andreas Khol/Günther Ofner/Alfred Stirnemann, Wien - München 1987, S. 31-77.

⁶⁹ Wolfgang C. Müller, Die neue Große Koalition in Österreich, in: *ÖZP* 17 (1988), S. 321-347; Otmar Lahodynsky, Der Proporz-Pakt. Das Comeback der Großen Koalition, Wien 1987.

⁷⁰ Vgl. Hubertus Czernin, "Das gescheiterte Experiment", in: *profil*, 3. 2. 1992, Nr. 6, S.11.

⁷¹ Helmut Kramer, "Wende" in der österreichischen Außenpolitik? Zur Außenpolitik der SPÖ-ÖVP-Koalition, in: *ÖZP* 17 (1988), S. 117-131.

⁷² Helmut Kramer, Strukturentwicklung, in: Dachs, Handbuch, S. 653 f.

⁷³ Vgl. Andreas Unterberger, Österreichs Außenpolitik, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik*, hrsg. von Andreas Khol/ Günther Ofner/Alfred Stirnemann, München - Wien 1991, S. 723-761, hier S. 728.

Die immer umfangreicheren Vorwürfe gegen Waldheim,⁷⁴ in massiver und konzentrierter Form vorgetragen, machten eine seriöse und differenzierte Entgegnung, basierend auf zeitgenössischem Aktenmaterial, kaum möglich. Die Vorwürfe kreisten letztlich nicht mehr nur um die Mitgliedschaften in NS-Gliederungen, sondern zielten nun auf Waldheims Aktivität in der Deutschen Wehrmacht am Balkan ab, wobei er nun mit Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht wurde. Diese Diskussion schuf eine zusätzliche Emotionalisierung der Öffentlichkeit und hier v.a. der älteren Generation. Ein weiterer problematischer Aspekt des Umgangs mit der Vergangenheit war insofern gegeben, als das von der historischen Forschung⁷⁵ bereits revidierte Bild von der "sauberen" Wehrmacht strapaziert wurde, die einen "ehrlichen" Krieg gekämpft habe. Die spezifische Kriegssituation, d.h. die Art und Weise der Kampfführung im Osten und am Balkan (geprägt durch teilweise enge Kooperation mit den SS-Einsatzgruppen⁷⁶ und brutale Maßnahmen gegen Partisanen und Zivilbevölkerung), blieb von jenen unberücksichtigt, die Waldheim und die „soldatische Ehre“ der Kriegsteilnehmer angegriffen gesehen haben.

Erklärte der Sprecher des Department of Justice Patrick Korten noch am 2. April 1987 zur Causa: "This case has a lot less urgency as other things. It is not an immediate issue, it is not a priority", so präsentierte sich drei Wochen später eine ganz andere Situation: Die Entscheidung des Justizministeriums und State Departments vom 27. April 1987, die dem österreichischen Bundespräsidenten als Privatperson die Einreise in die USA verwehrte, löste internationales Aufsehen aus. Obwohl es sich "nur" um einen Verwaltungsakt und kein gerichtliches Urteil handelte, war dieser hinsichtlich der Position des österreichischen Bundespräsidenten von fundamentaler politischer Bedeutung sowohl für die bilateralen als die Beziehungen zu Drittländern. Botschafter Klestil hatte wiederholt und vergeblich insbesondere Justizminister Edwin Meese und Außenminister George Shultz gegenüber nachdrücklich auf die außenpolitischen und internationalen Dimensionen der Entscheidung hingewiesen.

Im Zusammenhang mit den neuen Vorwürfen gegen Waldheim wurden Beschuldigungen bezüglich einer Involvierung in der "Kampfgruppe Bader" (Überstellung von ca. 500 Zivilgefangenen durch die italienische Gebirgsdivision Pusteria an die SS zu Sklavenarbeit), der "Kampfgruppe Westbosnien" (angebliche Deportationsbefehle und Einsatz bei der Partisanenbekämpfung betreffend das Kozaragebiet im Sommer 1942), der Verleihung der "Zwonimir-Medaille" (als Beleg für eine aktive Beteiligung an Kampfhandlungen), der

⁷⁴ Vgl. hierzu auch Rainer Stepan, Die Vorwürfe, Daten und Fakten Eine historische Dokumentation, in: Khol/Faulhaber/Ofner, Die Kampagne, S. 327-353.

⁷⁵ Walther Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt 1962; Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz (Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung 192), Bonn 1986, S. 465-479; Walter Manoschek/Hans Safrian, Österreicher in der Wehrmacht, in: Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 36), Wien 1988, S. 331-360.

⁷⁶ Vgl. hierzu Helmut Krausnick/Hans Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Eine exemplarische Studie, Stuttgart 1981.

Dienstleistung beim Armeeoberkommando 12 (Generaloberst Alexander von Löhr⁷⁷), der Operation "Schwarz" (Treffen zwischen den deutschen Generälen Lütters und Phleps und dem italienischen General Roncaglia am 22. Mai 1943, bei dem Waldheim als Dolmetscher fungierte), der Tätigkeit in Athen beim Verbindungsstab zur italienischen 11. Armee (Waldheim war vom 26. Juli bis 4. Oktober 1943 als Ordonnanzoffizier O1 beim I c, führte das Kriegstagebuch des Stabes vom 19. Juli bis 22. August 1943 und habe mit Maßnahmen gegen Partisanen sympathisiert und Kenntnis vom Abtransport Abtransports italienischer Soldaten in Arbeitslager gehabt) und seiner Funktion als O3 im Stab der Heeresgruppe E in Araskli (Arbeitsbereich Feindnachrichten und Tätigkeitsberichte, wobei Befehlsgewalt in bezug auf Planung und Durchführung von Handlungen gegen die jüdische Bevölkerung in Saloniki und am griechischen Festland sowie Gefangenenerhöre unterstellt wurden) vorgebracht. Daneben wurde das "Verschweigen" des Kriegsdienstes am Balkan (1942-1945) in der deutschsprachigen Version seines Buches "Im Glaspalast der Weltpolitik" gebrandmarkt, welches als "Memoirenwerk" betrachtet wurde. In einer "Richtigstellung" wurde versucht, diese Vorwürfe zu entkräften, wobei die Beschuldigung, wonach Waldheim "Kriegsverbrechen" begangen habe, angesichts seiner damaligen Stellung als untergeordneter, mit keiner Befehlsgewalt ausgestatteter Ordonnanzoffizier im Range eines Oberleutnants "ernste Zweifel an der Seriosität der geführten Untersuchung" weckte.⁷⁸

Vertreter einer amerikanischen Delegation (darunter Mark Richard, Deputy Assistant Attorney-General und Neal M. Sher vom Justizministerium), die am 15. Mai 1987 in Wien weilten, erläuterten ihre Auffassung am Beispiel der oben aufgezeigten Punkte und machten nachdrücklich klar, daß ihre Entscheidung unumstößlich sei, zumal für sie die Zugehörigkeit zu einer militärischen Einheit, die in irgendeiner Form an "Verfolgungsmaßnahmen" beteiligt war, ausreiche, um auf die Watchlist gesetzt zu werden. Im US-Rechtssystem komme dem Verhalten des von einem Verfahren Betroffenen eine ganz entscheidende Bedeutung zu, da im Watchlist-Verfahren ein hoher Standard an die Wahrhaftigkeit der Angaben angelegt werde und die Verheimlichung von Informationen eine wesentliche Rolle spiele. Zu den in Westbosnien (Kozara-Gebirge) stattgefundenen Operationen habe Waldheim zunächst erklärt, er sei nicht dort gewesen, später aber zugegeben, dort als Nachschuboffizier eingesetzt und als Quartiermeister tätig gewesen zu sein. In dieser Funktion sei er, wie die US-Delegation betonte, für die Sicherheit in der Etappe, die Behandlung von Gefangenen und für die Sammlung von

⁷⁷ Die Rolle Löhrs als Chef des "Kommandos Ost-Ägäis" und dessen maßgebliche Beteiligung an der Deportation von Juden aus Griechenland war allerdings schon lange bekannt; vgl. die Fußnoten bei Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945, Berlin 1956, S. 426 f. und S. 587, und Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 2, Frankfurt/Main 1990, S. 724 ff., 737 ff., 749-755.

⁷⁸ "US-Vorwürfe gegen Dr. Waldheim: Richtigstellung". Gespräch mit Herrn Richard vom US-Justizministerium mit der österreichischen Delegation am 15. 5. 1987 [Privatbesitz]. Einleitend heißt es: "Obwohl Botschafter Klestil ausdrücklich um Beweise ersucht hatte, beschränkte sich die amerikanische Seite auf eine mündliche, durch nichts belegte Aufzählung von Anschuldigungen"; zur Chronologie von Waldheims Kriegsvorgängen, vgl. Rosenbaum, Betrayal, S. 476-483; vgl. Hubertus Czernin, "Alle Ächtung. So kam Kurt Waldheim nach einjährigem Verfahren auf die amerikanische Watch-List", in: *profil*, 4. 5. 1987, Nr. 18, S. 16-20; vgl. auch das Interview mit Manfred Rauchensteiner "Waldheim hatte keine Befehlsgewalt", in: *Wochenpresse*, 8. 5. 1987, Nr. 18, S. 16; vgl. Kurt Waldheim, Im Glaspalast der Weltpolitik, Düsseldorf - Wien 1985, 2.Aufl., der im Vorwort (S.7.) festhält, daß die Darstellung "weder ein Memoirenband im üblichen Sinn noch ein umfassender Bericht über meine Arbeit im Dienst der Vereinten Nationen" sei.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Kriegsbeute zuständig gewesen. Der "quartermaster" habe Befehle für die Deportation von Zivilpersonen erteilt. Waldheims Einheit sei für die Durchführung zuständig gewesen.⁷⁹

Die innenpolitisch hohe Wellen schlagende Waldheim-Debatte rief auch Demagogen auf den Plan, die in weiterer Folge von der angeheizten Atmosphäre und Reizschwellen überschreitenden Stimmung profitieren konnten. Zur Diskussion über Waldheim stellte FPÖ-Bundesparteiobmann Jörg Haider in einer Pressekonferenz fest, daß es eine "ungeheuerliche" Angriffsfront von einem Staat gebe, der „wissen müßte, daß er selbst erst einmal verschiedene Dinge ins Reine bringen sollte“. So unterstütze die USA eine Reihe von Diktatoren. Wenn er Bundeskanzler wäre, "würde er der Delegation [des Justizministeriums M.G.] aus den USA die Tür weisen", wenn sie nicht bereit sei, die Entscheidungsgrundlagen offenzulegen. Haider vertrat die Ansicht, Vranitzky solle nicht in die USA reisen, "solange man dort eine 'Show' auf Kosten Österreichs aufziehe". Die Frage eines Rücktritts müsse Waldheim selbst entscheiden, wobei jene, die die Kampagne betreiben, hoffen würden, daß ihre Zermürbungstaktik Erfolg habe.⁸⁰ Zu dieser Frage äußerten sich die beiden Wiener Parteioibmänner Leopold Gratz (SPÖ) und Erhard Busek (ÖVP) Anfang Juli in fast gleichlautender Weise. Ein Rücktritt wäre kontraproduktiv und würde zu einer Polarisierung führen, meinte Busek. Gratz meinte, daß in diesem Falle ein Klima entstehen könnte, "das dem Verlauf der letzten vierzig Jahre nicht entspricht".⁸¹

V. Entsendung einer Expertengruppe und Radikalisierung der Debatte durch den Besuch Waldheims beim Papst

Die Bundesregierung setzte vor dem Hintergrund der Watchlist-Entscheidung mit Beschluß vom 5. Mai 1987 eine Expertengruppe, bestehend aus dem Völkerrechtsprofessor und ÖVP-Nationalratsabgeordneten Felix Ermacora und den Historikern Kurt Peball (Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs) und Manfred Rauchensteiner (Militärhistorischer Dienst) ein, die den Auftrag erhielt, in den einschlägigen Archiven in Belgrad Materialien zu ermitteln, die Waldheims Tätigkeit während des Zweiten Weltkrieges am Balkan beinhalteten und aufgrund derer amerikanische Justizbehörden zum Schluß gelangt waren, Waldheim auf die Watchlist zu setzen. Die Expertengruppe begab sich am 11. Mai 1987 nach Belgrad, nahm ihre Arbeit am darauffolgenden Tag auf und schloß diese am 14. Mai nachmittags ab, wobei die Durchführung der Recherchen wesentlich durch Vorarbeit und Hilfeleistung der österreichischen Botschaft in Belgrad erleichtert worden sein soll. Es mutet dennoch unglaublich an, in welcher Windeseile die Expertengruppe zwölf Aktenbestände durcharbeitete und zum Ergebnis kam, daß sich in Belgrader Archiven nichts gefunden habe, "woraus wesentliche neue Erkenntnisse gewonnen werden konnten". Ein "eingehendes Studium der Dokumente" nach eineinhalb Tagen ließ "nichts erkennen, was die Argumentation stützen würde, Dr. Waldheim hätte eine wichtige und mit Befehlsgewalt verbundene militärische Stellung innegehabt und sich in den aufgelisteten Fällen schuldig gemacht".⁸²

⁷⁹ Protokoll "Aufnahme von Bundespräsident Dr. Waldheim in die sogenannte "Watchlist. Besuch einer US-Delegation in Wien am 15.5.1987 [Privatbesitz].

⁸⁰ APA-Meldung vom 13. 5. 1987.

⁸¹ *Die Presse*, 4./5. 7. 1987.

⁸² Bericht der Expertengruppe über das Archivstudium in Belgrad in Sachen Waldheim (8 S.) [Privatbesitz]; vgl. auch Manfred Rauchensteiner, Historiker im Troß des Staatsmanns, in: Gruber, Wir

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Dieses rasch erzielte Ergebnis war umso erstaunlicher, als sich das durchgesehene Material auf geschätzte 10.000 Seiten Mikrofilm und 2.500 Seiten Originaldokumente belief, sodaß sich bei den Arbeiten der "Expertengruppe" der Eindruck schwerlich unterdrücken ließ, hier habe es sich primär eine staatstragende und offizielle Mission gehandelt. Delegationsmitglied Ermacora hatte es auch unumwunden "eine Art patriotische Pflicht"⁸³ genannt, jener Expertengruppe anzugehören.

Der mediale Diskurs nahm Mitte 1987 Formen eines regelrechten Beschuldigungs- und Entschuldigungsexzesses an, was durch die Watchlist-Entscheidung des US-Justizministeriums ausgelöst und den Besuch Waldheims beim Heiligen Stuhl noch verstärkt wurde.

Der Staatsbesuch des international gleichsam kollektiv Geächteten - die Initiative war von Waldheim ausgegangen - bei Papst Johannes Paul II., der dem katholischen Land damit die Solidarität des Vatikans demonstrierte, führte zu einer gewissen Erleichterung im Land, belastete aber das österreichisch-israelische Verhältnis weiter. Die Knesseth war über den Vatikan empört. Schevach Weiß von der Arbeiterpartei bezeichnete das Treffen als "Gipfel des Zynismus" und verurteilte den Papst, vor nur zwei Wochen Majdanek, wo hunderttausende Juden ermordet worden waren, besucht und nun Waldheim zu einer Audienz geladen zu haben. Der linksgerichtete Abgeordnete Schulamit Aloni kritisierte Waldheims Intention, seine Stellung politisch zu legitimieren, während auch die Nichtanerkennung Israels durch den Vatikan politisch sei. Der rechtsorientierte Guela Cohen von der "Auferstehungspartei" erinnerte an die "Verknüpfung von Kreuz und Hakenkreuz" und das Schweigen des Papstes während des Zweiten Weltkrieges.⁸⁴

Sowohl US-Botschafter Frank Shakespeare wie auch der bundesdeutsche Botschafter waren beim Besuch Waldheims in Rom demonstrativ ferngeblieben.⁸⁵ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fragte, ob es eine Weisung aus Bonn gegeben habe und lieferte sogleich die Antwort: "Dann stünde die Bundesrepublik Deutschland jetzt ohne Not wie ein Satellit da."⁸⁶

Österreichs Episkopat wies die Kritik ausländischer Bischöfe am Waldheim-Besuch im Vatikan zurück. Der Salzburger Erzbischof Karl Berg nahm das Verhalten der ausländischen Geistlichen "mit Befremden zur Kenntnis".⁸⁷

über Waldheim, S. 134-141, der auf den sagenhaften Belgrad-Trip nur sehr kurz eingeht; vgl. dagegen ders., Die Historikerkommission, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1988, hrsg. v. Andreas Khol/Günther Ofner/Alfred Stirnemann, Wien - München 1989, S. 335-367.

⁸³ *AZ/Tagblatt*, 7. 5. 1987.

⁸⁴ "Knesseth über Vatikan-Visite empört. Letztes Wort noch nicht gesprochen", in: *Die Presse*, 25. 6. 1987.

⁸⁵ "US-Botschafter boykottiert Waldheim-Besuch beim Papst", in: *Die Presse*, 24. 6. 1987; "Wie ein Besuch bei alten Freunden. Bundespräsident Waldheim im Vatikan: herzliche Töne, ernste Gespräche", in: *Die Presse*, 27./28. 6. 1987. Vgl. die Stellungnahme des Vatikans zu Waldheims Besuch, in *AdG*, 8.7.1987, A 31227

⁸⁶ Zit. n. *Kurier*, 27. 6. 1987.

⁸⁷ „Österreichs Bischöfe beklagen Haß. Kritik an Waldheim zurückgewiesen“, in: *Die Presse*, 27./28. 6. 1987.

Im Zusammenhang mit Waldheims Papstbesuch erklärte der israelische Ministerpräsident Izak Shamir, der Empfang sei eine Legitimierung "der Verbrechen, die er [Waldheim] verschiedenen Anschuldigungen zufolge begangen hat". Der New Yorker Rabbiner Avi Weiss rief als einer der Demonstranten am Petersplatz, an Waldheims Händen klebe Blut. Jegliches Gerechtigkeitsgefühl - so *Kurier*-Kommentator Hans Rauscher - sträube sich "gegen die Bedenkenlosigkeit, mit der hier ohne jeden Beweis, ja gegen das vorliegende Material ein Mann als Verbrecher abgestempelt wird", wobei der Journalist nicht unerwähnt ließ, daß der Linzer Vizebürgermeister Carl Hödl in einem offenen Brief an den WJC die Angriffe gegen Waldheim mit der Kreuzigung Christi durch "ihre Glaubensgenossen" verglichen hatte. Rauscher urteilte, daß es sich beim österreichischen Bundespräsidenten um keinen Kriegsverbrecher handle, und bezeichnete die Diskussion "eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes, der auf unglücklichste Weise, aber nicht ohne eigene Schuld, zum 'Symbol' geworden" sei. Als solches bezeichnete ihn auch Shamir - für Rauscher "die Erklärung für die Hartnäckigkeit, mit der Waldheim 'verfolgt'" werde: Waldheim sei "zum Symbol geworden für die Greuel des Nationalsozialismus, die nach Meinung der Opfer und auch tatsächlich in Gefahr sind, vergessen und verharmlost zu werden". Diesen Tatsachen müsse Österreich ins Gesicht sehen, erst "dann werden wir innerlich frei sein". Gleichzeitig gelte es aber zu bedenken, wie nahe man daran sei, "wieder in zwei Lager zu zerfallen".⁸⁸

Vom 1. bis 4. Juli 1987 erfolgte der Staatsbesuch des österreichischen Bundespräsidenten in Jordanien. Das Zusammentreffen Waldheims mit König Hussein erhielt vor dem Hintergrund der Affäre eine besondere politische Dimension, zumal es der erste Besuch des Bundespräsidenten in einem für die Staatengemeinschaft relevanten Land war. Dieser konnte auch als Ausbruch aus der von der veröffentlichten Meinung in den USA und dem Großteil Westeuropas verfügten Verbannung Waldheims interpretiert werden. Die Einladung von einem moderaten und dem Friedensprozeß im Mittleren Osten verpflichteten Staat bedeutete zweifellos einen außenpolitischen Erfolg für den Ballhausplatz, freilich ohne weitreichende Bedeutung.

Im Zuge des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen hatten die Israelis demonstrativ ihren Botschafter Michael Elizur aus Wien abgezogen.⁸⁹ Die Stimmung gegenüber Waldheim hatte sich im innerisraelischen Diskurs von 1986 auf 1987 im Vergleich zum Vorjahr weiter radikalisiert, wie ÖVP-Nationalrat Walter Schwimmer, Vorsitzender der Gesellschaft für Österreichisch-Israelische Freundschaft, in einem Bericht über politische Gespräche während des Israelaufenthaltes vom 16. bis 23. Juni 1987 bemerkte. Der Generaldirektor des Außenministeriums, Anouk, entgegnete auf die Frage einer möglichen Abberufung des österreichischen Botschafters Otto Pleinert aus Israel, daß man damit dann leben müsse; gute Beziehungen könne es auch auf Geschäftsträgerebene geben. Israel sei an guten Beziehungen zu Österreich interessiert. Keinem verantwortlichen israelischen Politiker sei es aber möglich, weder jetzt noch vor den Wahlen, egal, ob sie vorgezogen werden oder nicht, einen Botschafter zu ernennen, der bei Bundespräsident Waldheim seine Beglaubigungsurkunde überreichen müßte. Als Begründung gab er die "öffentliche Meinung" über Waldheim an und fügte wörtlich

⁸⁸ Hans Rauscher, „Wieder zwei Lager?“, in: *Kurier*, 27. 6. 1987; vgl. auch Peter Michael Lingens, "Vom langen Marsch durch den Antisemitismus. Nicht Waldheim, Carl Hödl müßte zurücktreten", in: *profil*, 6. 7. 1987, Nr. 27, S. 12-13.

⁸⁹ Vgl. Schollum, Die "Waldheim-Kampagne", in: Khol/Faulhaber/Ofner, Die Kampagne, S. 116.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

hinzu: "Wir wissen, daß er keine Kriegsverbrechen begangen hat, aber die bekanntgewordenen Dokumente tragen seine Unterschrift, und das genügt." Indem er auf die Debatte näher einging, meinte Anouk, er verstehe persönlich den Sinn der Historikerkommission⁹⁰ nicht. Sie relativiere erstens das von den Österreichern in Anspruch genommene Recht, ihr Staatsoberhaupt selbst zu bestimmen, und

"zweitens könne sie im besten Falle als Ergebnis bringen, was ohnedies bekannt sei, nämlich daß Waldheim keine Kriegsverbrechen begangen habe, aber im Stab der Heeresgruppe E gedient, die bekannten Berichte verfaßt und über die darin enthaltenen Vorkommnisse Bescheid gewußt habe. Ohne sich in österreichische Angelegenheiten einzumischen, sei eben nicht nur seine, und nicht nur die israelische Meinung, sondern in vielen westlichen Demokratien, daß so jemand nicht Generalsekretär der Vereinten Nationen hätte werden sollen und sich auch nicht unbedingt 'um das Amt eines Staatsoberhauptes bewerben' müsse. Die Historikerkommission könne somit daran nichts ändern."⁹¹

Wie Schwimmer berichtete, würde die öffentliche Meinung weit weniger objektive Standpunkt einnehmen:

"Vielfach ist als Ergebnis einer mehr als einjährigen Berieselung mit Nachrichten, die ihren Ursprung in den USA hatten, quasi als Sickerprozeß, weitgehend die Meinung vorherrschend, Waldheim sei

erwiesenermaßen an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen. Ich konnte dies vor allem bei Gesprächspartnern feststellen, mit denen ich vor ca. genau einem Jahr ebenfalls gesprochen hatte, und die damals der Auffassung waren, es gäbe Verdächtigungen und Anschuldigungen gegen Waldheim, diese sollten untersucht werden, aber wenn es keine Beweise gäbe, dann solle man ihn in Ruhe lassen, und die nunmehr auch Opfer dieser medialen Berieselung geworden sind."⁹²

VI. Entsendung von Sonderbotschaftern und Verschlechterung des innenpolitischen Klimas

Die österreichische Bundesregierung hatte in einer Erklärung vom 28. April 1987 ihre Bestürzung über die Watchlist-Entscheidung zum Ausdruck gebracht, die sie als inakzeptabel erachtete. Bundeskanzler Vranitzky, der sich infolge der sich versteifenden und an Waldheim unbedingt festhaltenden Position von Mock - laut Kreisky der "Erfinder dieses Bundespräsidenten"⁹³ - aus Gründen der Erhaltung der Großen Koalition formell hinter

⁹⁰ Vgl. hierzu weiter unten. Der Generalsekretär des WJC Israel Singer reagierte gegenüber dem Vorschlag zur Einsetzung einer Historiker-Kommission reserviert und sah darin Schwierigkeiten. Konstituiere sich eine Kommission, entstehe garantiert eine Gegenkommission, was nichts bringe, vgl. *AZ/Tagblatt*, 7. 5. 1987.

⁹¹ Bericht über politische Gespräche während des Israelaufenthaltes vom 16. bis 23. 6. 1987 vom Abgeordneten Dr. Walter Schwimmer [Privatbesitz].

⁹² Ebd.; vgl. auch Otto Pleinert, *Diplomat und Civil Servant, Erinnerungen eines österreichischen Staatsdieners 1958 bis 1993*, Wien-Köln-Weimar 1994, S.118-175

⁹³ So geäußert in einem Interview mit dem *profil*, 11. 5. 1987, Nr.19, S.32-37, hier S.37

Waldheim stellte,⁹⁴ bekräftigte diesen Standpunkt bei einem Aufenthalt in den USA. In einer Verbalnote an die Regierung der Vereinigten Staaten wurden die gegen Waldheim im Zusammenhang mit seinem Militärdienst im Zweiten Weltkrieg erhobenen Anschuldigungen als unbewiesen bezeichnet und gleichzeitig betont, daß der Bundespräsident vom Volk in demokratischer Weise gewählt worden sei und gemäß der österreichischen Bundesverfassung die Republik nach außen vertrete. Österreich habe angenommen, daß die USA in diesem Zusammenhang außenpolitischen Überlegungen den Vorrang vor anderen politischen Erwägungen einräumen würde. Die Watchlist-Entscheidung sei mit dem Völkerrecht unvereinbar. Diese These stütze sich auf die Auffassung, wonach es anerkannte Norm des Völkergewohnheitsrechts sei, daß Staaten keine Jurisdiktion über ausländische Staatsoberhäupter während deren Amtszeit haben, was auch bisher von den USA praktiziert worden sei. So dürfe der Bundespräsident auch keiner Verwaltungsentscheidung, mit quasi-gerichtlichem Charakter unterworfen werden, indem dessen Name auf die Watchlist gesetzt werde. Die künstliche Unterscheidung zwischen dem Bundespräsidenten und der Privatperson Waldheim spiele keine Rolle. Die Bundesregierung ersuchte deshalb die USA, diese Entscheidung aufzuheben.⁹⁵

Am 29. April überreichte Mock dem amerikanischen Botschafter Ronald S. Lauder die Erklärung der Bundesregierung und äußerte seine "tiefe Sorge" über die Belastung, welcher die österreichisch-amerikanischen Beziehungen "durch den unfreundlichen Akt der amerikanischen Regierung ausgesetzt sind". Mock forderte Lauder auf, "sämtliche Entscheidungsgrundlagen des amerikanischen Justizministeriums zur Verfügung zu stellen".

In seiner Rede vor dem Nationalrat am 14. Mai betonte der Außenminister, daß Waldheim der Staatsanwaltschaft Wien die Ermächtigung erteilt habe, gegen Bronfman, den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, der ihn bezichtigt hatte, "ein wesentlicher Teil der Tötungsmaschinerie der Nazis"⁹⁶ gewesen zu sein, ein Strafverfahren wegen übler Nachrede einzuleiten. Ferner habe Waldheim die Bundesregierung ersucht, eine unabhängige international zusammengesetzte Historikerkommission einzuberufen, deren Mitglieder in einem Verfahren ausgewählt werden, das jeden Zweifel an ihrer Unparteilichkeit ausschließe und in einem Weißbuch eine detaillierte Dokumentation seiner Kriegszeit zusammenstellen zu lassen. Mock betonte ferner, daß Österreichs Geschichte nicht am 13. März 1938 am Heldenplatz beginne und beklagte die undifferenzierte Sicht des Auslandes:

"(...) Wie kann man einer Weltöffentlichkeit, die plakative, skizzenhafte Schwarz-Weiß-Bilder sucht, für die eine deutsche Wehrmachtsuniform von vornherein eine Naziuniform ist und der, der sie tragen muß, ein Nazi, die Komplexität der Geschichte unseres Raumes nahe bringen? Wie oft ist es uns nach jahrzehntelanger Öffentlichkeitsarbeit passiert, daß unsere Neutralität mißverstanden wurde, daß man Österreich für ein kommunistisches Land hielt."⁹⁷

⁹⁴ Vgl. auch Rosenbaum, Betrayal, S. 397.

⁹⁵ "Außenamt: Washington verletzte Völkerrecht", in: *Die Presse*, 30./31. 5. 1987; Rauchensteiner, Historiker, in: Gruber u.a., *Wir über Waldheim*, S. 135.

⁹⁶ So geäußert von Bronfman bei der Exekutivtagung des WJC in Budapest am 5. 5. 1987, vgl. "Wieder heftiger Angriff des WJC auf Waldheim", in: *Die Presse*, 6. 5. 1987.

⁹⁷ Vgl. Stenographische Protokolle des Nationalrats, 14. 5. 1987.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Altbundeskanzler Kreisky, der Waldheim ursprünglich auch "für einen idealen Präsidentschaftskandidaten" gehalten hatte, verfolgte die Debatte mit großer Sorge: "Ich stehe vor den Trümmern meines Lebenswerkes", ließ er in einem Interview das *profil* wissen, v.a. weil die Affäre um Waldheim Österreich die internationale Reputation raube, "um die wir uns seit dem Jahre 1945 so sehr bemüht haben".⁹⁸ Kreisky bezeichnete es in dem Presseinterview als „hellen Wahnsinn, daß man sich im Ausland dieser Sache bemächtigen und Einfluß auf den österreichischen Wahlkampf nehmen will. Das mußte von vielen Wählern als unzumutbare Intervention aufgefaßt werden".⁹⁹

Der Kritiker kannte die Empfindungen der Mehrheit seiner Landsleute gut. Laut einer Umfrage des Gallup-Instituts hatten inzwischen 69 Prozent der Österreicher die Watchlist-Entscheidung für ungerechtfertigt gehalten, bei SPÖ-Wählern sogar 77 Prozent.¹⁰⁰

Der Altkanzler sprach sich dafür aus, den WJC, der "weit davon entfernt" sei, "irgendeine Bedeutung zu haben", "in der richtigen Dimension" zu sehen. Tatsächlich seien es aber dessen Vertreter aber gewesen, "die den Antisemitismus geweckt haben". Kreisky kritisierte allerdings auch, daß Waldheim "drei Jahre seines Kriegsdienstes vor mir und der Welt verheimlicht" habe, plädierte jedoch für eine Berufungsmöglichkeit gegen die Watchlist-Entscheidung, ein "fair trial" und empfahl Waldheim, "diese Entscheidung nicht auf sich sitzen zu lassen und um seine Rehabilitierung vor Gericht zu kämpfen". Für das Verhalten der SPÖ brachte Kreisky kein Verständnis auf. Auf die Frage, ob ein Parteivorsitzender Kreisky anders reagiert hätte, erklärte er: "Ich hätte gesagt: 'Rührt das nicht an.' Wäre ich Bundeskanzler und Parteivorsitzender gewesen, hätte ich andere Wege gefunden. Ich hätte jedenfalls dem WJC das Material nicht geliefert. Ich hätte keinem Ausländer etwas gesagt."

Auf die Nachfrage, ob das Anti-Waldheim-Material denn aus Österreich komme, erwiderte Kreisky, daß dies alle amerikanischen Journalisten festgestellt hätten, die dies enthüllt hatten und mit denen er gesprochen habe.¹⁰¹

Die Eskalation in der Causa Waldheim ist auch vor dem Hintergrund der inneramerikanischen politischen Situation seit 1986 (Debatte um die maßgebliche Teile der Reagan-Administration belastenden "Irangate"-Affäre), der wachsenden Krisensymptome in den "besetzten Gebieten" in der Westbank mit der "Intifada" seit 1987/88, v.a. aber aufgrund der Rolle Waldheims als UN-Generalsekretär (1972-1982) zu begreifen. Die Weltorganisation hatte ihre prowestliche Dominanz in seiner Amtszeit verloren. Nicht zuletzt deshalb kamen - u.a. auch angesichts intern bekannter UN-Mißwirtschaft im Personalbereich - an seiner erfolgreichen Amtsführung und dessen hohem internationalen Ansehen Zweifel auf, wobei eine gewisse Botmäßigkeit der UN der Sowjetunion gegenüber auffallend war.¹⁰²

⁹⁸ *profil*, 11. 5. 1987, Nr.19, S. 32-37, hier: S.33ff.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ *Tiroler Tageszeitung*, 8. 5. 1987.

¹⁰¹ Alle Zitate aus *profil*, 11. 5. 1987, Nr.19, S.33ff.

¹⁰² Vgl. Hazzard, Die Maske, bes. S. 107-112, 121-127, 143 f., 178 f.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Mit Kreisky hatte Waldheim ein Tandem in der PLO-freundlichen Nahostpolitik gebildet. Unter ihm als Generalsekretär konnte Jassir Arafat nicht nur am 13. November 1974 vor der Generalversammlung seine Anliegen vorbringen,¹⁰³ sondern war auch die UN-Resolution 3379 im Jahre 1975 zustande gekommen, in der der Zionismus explizit als Rassismus bezeichnet wurde. Waldheim war somit zum "Feindbild der Juden" geworden.¹⁰⁴ In der Debatte wurde auch behauptet, Waldheim habe als Außenminister wie späterer UN-Generalsekretär eine prosowjetische¹⁰⁵ bzw. jugoslawienfreundliche Politik¹⁰⁶ betrieben. Diese Thesen erhielten dadurch indirekt gewisse Nahrung, als während der gesamten Debatte kein Wort der offiziellen Kritik seitens der beiden genannten Länder zu vernehmen war.¹⁰⁷

Dem WJC und dem Staat Israel nahestehende Kräfte sowie rechtsextreme Zionisten und mosaische Fundamentalisten hatten den österreichischen Bundespräsidenten zum symbolischen¹⁰⁸ Feindbild hochstilisiert. In den vor allem von amerikanischen Printmedien vehement und emotional geführten Angriffen gegen Waldheim blieb unerwähnt, daß US-Geheimdienste und Politiker nach 1945 ehemalige und mitunter hochrangige Nationalsozialisten in Schutz genommen und für ihre Zwecke instrumentalisiert hatten.¹⁰⁹

Die als Sonderbotschafter eingesetzten prominenten Vertreter des österreichischen Widerstandes und Altdiplomaten Außenminister a.D. Karl Gruber,¹¹⁰ Botschafter a.D. Hans

¹⁰³ Vgl. die Chronologie in: Peter J. Opitz/Volker Rittberger (Hrsg.), Forum der Welt. 40 Jahre Vereinte Nationen, München 1986, S. 266.

¹⁰⁴ Wiesenthal, Recht, S. 389.

¹⁰⁵ Rosenbaum, Betrayal, S. 469 ff.

¹⁰⁶ Eli Rosenbaum erwähnte im Interview mit CNN am 10.6.1993, daß Waldheim mit den Sowjets "very cooperative" war. Moskau wüßte, daß Waldheim "Nazi" war und benütze ihn. Unter Waldheim als Generalsekretär sei die UNO zu einer Sammelbasis für KGB-Spione in den USA geworden. Neben den Sowjets wüßten auch die Jugoslawen von Waldheims Vergangenheit, hüteten aber dieses Geheimnis; der sowjetische Doppelagent Arkadij Schewtschenko war unter Waldheim Kabinettsmitglied des Generalsekretärs gewesen, vgl. Hazzard, Die Maske, S. 102, 127.

¹⁰⁷ Vgl. Gerhard Jelinek/Andreas Weber, „Waldheims Wahrheit“, in: *Wochenpresse*, 8. 5. 1987, Nr. 19, S. 13; Andreas Khol, Die Kampagne gegen Waldheim - Internationale und nationale Hintergründe, in: ders./Faulhaber/Ofer, die Kampagne, S. 179-212, hier S.205, spricht von "abstrusen Behauptungen, er [Waldheim] sei ein kommunistischer Agent in den Vereinten Nationen gewesen und dies erkläre das Abseitsstehen der kommunistischen Länder und Medien von der Kampagne gegen Waldheim" - allerdings ohne stichhaltige bzw. überzeugende Gegenbelege.

¹⁰⁸ Vgl. z. B. Rosenbaum, Betrayal, S. 471, der Waldheim als "vital symbol" bezeichnet.

¹⁰⁹ Vgl. hierzu beispielsweise Oliver Rathkolb, Dritte Männer. Ex-Nazis als US-Agenten, in: *Das jüdische Echo*, (1991), S.85-89 und John Gimbel, Project Paperclip: German Scientists, American Policy, and the Cold War, in: *Diplomatic History* 14 (1990), Nr. 3, S. 343-365.

¹¹⁰ Vgl. das Buch von Karl Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich, Wien 1953, welches seinen Sturz im November 1953 provozierte bzw. meinen Beitrag über die „Figl-Fischerei“ in diesem Band.

Reichmann¹¹¹ sowie der ehemalige Verleger und Publizist Fritz Molden¹¹² versuchten außenpolitische Schadensabwicklung - allerdings mit geringem Erfolg. Die Sonderbotschafter sollten die diplomatische Gegenoffensive zur Entlastung des Bundespräsidenten führen und die regierungsoffizielle Position in Gesprächen mit Spitzendiplomaten und Publizisten darlegen, d.h. daß auch die USA nicht den Vorwurf von Kriegsverbrechen gegen Waldheim erheben können, Österreich keine solchen Beweise kenne und die USA völkerrechtswidrig mit der Watchlist-Entscheidung die Immunität des Staatsoberhauptes verletzt hätten.¹¹³

Der im Krieg als Hauptmann in der französischen Fremdenlegion und Berater des Algierer Komitees von General de Gaulle in österreichischen Angelegenheiten tätige Reichmann erklärte in Brüssel, daß Waldheim die Folgen der Nahostpolitik Kreiskys ausbaden müsse. In seiner zweimaligen Amtszeit als UN-Generalsekretär habe es viel Gelegenheit gegeben, sich unbeliebt zu machen: Er sei "ein Opfer des herannahenden amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes geworden". Reichmann argumentierte vor dem Hintergrund seiner persönlichen Biographie selbstbewußt:

"Mir kann man nichts vormachen, ich weiß, was etwa in Frankreich während der deutschen Besatzungszeit passiert ist, wie friedliche Bürger zur Regelung von Privatfehden Nachbarn bei der Gestapo als Widerstandskämpfer denunziert haben. Nein, wir haben keinen Anlaß, uns zu schämen. Mit meiner Vergangenheit habe ich das Recht, grob zu werden."

Reichmann, dessen Glaubwürdigkeit dadurch noch unterstrichen wurde, daß ihm - im Unterschied zu Gruber und Molden - mit Waldheim kein persönliches Naheverhältnis verband, zählte auf die Langzeitwirkung der diplomatischen Gegenoffensive: Besuche Waldheims in dessen Amtszeit in Frankreich, Belgien oder Luxemburg hielt er "derzeit" für nicht möglich, da sich diese Regierungen "nicht unbedingt Scherereien einwirtschaften" wollten. Wissenschaftsminister Heinz Fischer kritisierte die Kreisky betreffenden Aussagen Reichmanns. Es sei eine Illusion zu glauben, man könne Österreichs Ansehen verbessern, indem man die Außenpolitik der vergangenen fünfzehn Jahre schlecht mache.¹¹⁴

¹¹¹ Hans Reichmann, Österreich das erste Opfer einer Angriffshandlung Hitlers, in: *ÖMH* 43 (1987), Nr. 4, S. 35-36; Interview mit Botschafter Dr. Hans Reichmann [+] am 21. 2. 1992 (Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers).

¹¹² Fritz Molden, Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern. Bericht einer unruhigen Jugend, Wien 1976; ders., Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938-1945, Wien 1988; Interview mit Fritz Molden am 6. 2. 1991 (Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers).

¹¹³ Vgl. "Widerstandskämpfer kämpfen für Waldheim. Koordinationsprobleme um Imageaktion", in: *Die Presse*, 12. 6. 1987.

¹¹⁴ Image-Botschafter Reichmann auf Tour, "Waldheim muß Kreiskys Politik ausbaden", in: *Die Presse*, 13./14. 6. 1987; zur Rezeption der Waldheim-Affäre in Frankreich vgl. u.a. auch Gerald Stieg, Im Namen Bernhards und Waldheims. Das Österreichbild der französischen Kulturjournalistik von 1986-1992, in: Friedrich Koja/Otto Pfersmann (Hrsg.), Frankreich - Österreich. Wechselseitige Wahrnehmung und wechselseitiger Einfluß seit 1918 (Studien zu Politik und Verwaltung 58), Wien - Köln - Graz 1994, S. 221-245.

Der mediale Diskurs hatte sich im Frühjahr 1987 in einer Weise verschärft, daß selbst die Parteistrategen, die die "Kampagne" zu instrumentalisieren versuchten, gezwungen waren, einzuschreiten. Das ÖVP-Organ *Neues Volksblatt* in Linz brachte die Schlagzeile "Juden fallen wegen Einladung Waldheims über den Papst her", was den noch amtierenden ÖVP-Generalsekretär Graff veranlaßte, den Chefredakteur des Blattes zu bitten, daß

"pauschale Formulierungen von den 'Juden' oder der 'jüdischen Welt' im Zusammenhang mit der - äußerst bedauerlichen und verabscheuungswürdigen - Agitation gegen Bundespräsident Kurt Waldheim nicht verwendet werden. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, in einer Schlagzeile Information auf engstem Raum zusammenzupressen, könnten solche verallgemeinernde Formulierungen als Ausdruck einer antisemitischen Einstellung oder als Weckung antisemitischer Effekte mißverstanden werden", was eine ÖVP-Zeitung nicht notwendig habe. Graff fügte noch hinzu:

"Die Tatsache, daß weltweit auch ernstzunehmende Vertreter jüdischer Organisationen und des Staates Israel in unqualifizierter Weise den Heiligen Stuhl angreifen und die infame Verleumdungs- und Ächtungskampagne gegen unser Staatsoberhaupt mitmachen, ist traurig genug. Die vergiftenden Auswirkungen auf das politische Klima in Österreich und unser Verhältnis zu unseren jüdischen Mitbürgern, die auch die korrekteste Berichterstattung nicht vermeiden kann, fallen auf die Urheber zurück."¹¹⁵

Kurze Zeit später schrieb der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinschaft Paul Grosz "in tiefer Besorgnis" an Graff, daß es "höchste Zeit" sei, daß sich Politiker, Medien und alle jene, die das öffentliche Leben Österreichs bestimmen, ihrer Verantwortung bewußt werden, an den "unermeßlichen Schaden zu denken, der diesem Lande durch die fortschreitende Vergiftung der österreichischen Seele erwächst", sowie "an den Schaden zu denken, der diesem Lande erwachsen wird, sollten sich verbale Angriffe zu tätlichen Übergriffen entwickeln". Grosz verwies u.a. auf die Titelzeile des Artikels im *Volksblatt*, informierte "über eine Häufung von verbalen antisemitischen Angriffen und Beleidigungen, insbesondere gegenüber orthodoxen Juden" und fügte hinzu:

"Der Judenhaß, der sich hier manifestiert, kann nicht mit der Auseinandersetzung um die Person des Bundespräsidenten erklärt oder gar entschuldigt werden. Dies hieße, dem Antisemitismus mildernde Umstände zuzubilligen und darüber hinaus die in Österreich lebenden Juden zum Faustpfand für jüdisches Wohlverhalten außerhalb unserer Grenzen zu machen. Wir sehen darin den Ausdruck einer bislang latent gewesenen Fehlhaltung, die sich nun zur Manifestierung legitimiert fühlt."¹¹⁶

Graff beeilte sich, Grosz mitzuteilen, daß auch er "betrübt und besorgt über die Feindseligkeiten und Gehässigkeiten" sei,

¹¹⁵ Schreiben des ÖVP-Generalsekretärs Graff an Chefredakteur Peter Klar, *Neues Volksblatt*, 19. 6. 1987 [Privatbesitz].

¹¹⁶ Schreiben Paul Grosz, Israelitische Kultusgemeinde Wien, an ÖVP-Generalsekretär Graff, 23. 6. 1987 [Privatbesitz].

"die die nun schon mehr als ein Jahr andauernde Agitation gegen Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim mit sich bringt und auslöst, verstärkt jetzt noch durch die amerikanische Watchlist-Entscheidung und die unqualifizierbaren [sic!] Reaktionen auf den Staatsbesuch beim Heiligen Stuhl".

Sicher seien "verabscheuungswürdige und überwunden geglaubte Reste des Antisemitismus und des Judenhasses aufgebrochen und aufgewühlt worden". Es gebe aber bei einer großen Mehrheit in ganz Österreich, auch bei vielen, die sich von derartigen negativen Affekten frei fühlen, "eine gerechtfertigte Empörung über die Hartnäckigkeit und den Haß, mit dem die Verleumdungskampagne gegen den Bundespräsidenten wider besseres Wissen fortgesetzt wird". Graff stimmte mit Grosz darin überein,

"daß es nicht angeht, die in Österreich lebenden Juden zum Faustpfand für jüdisches Wohlverhalten außerhalb unserer Grenzen zu machen, muß aber hinzufügen, daß es ebensowenig hingenommen werden kann, daß der österreichische Bundespräsident zum Faustpfand und Sündenbock für die Verbrechen des Holocaust gemacht wird (...) Bei vollem Verständnis für die schwierige Situation, in der sich die österreichische jüdische Gemeinde befindet, wäre es eine große Hilfe und ein Beitrag zur Begrenzung des eingetretenen Schadens, wenn die Kultusgemeinde bei ihren Glaubensgenossen in aller Welt ein klares Wort zur Steuer der Wahrheit sagen wollte. Das würde auch in Österreich jenen den Wind aus den Segeln nehmen, die, um es mit Ihren Worten zu sagen, aus der Anti-Waldheim-Kampagne die Legitimation zur Manifestierung einer bislang latent gewesenen Fehlhaltung abzuleiten versuchen."¹¹⁷

Die sich im Sommer 1987 weiter radikalisierende Waldheim-Debatte zeigte angesichts der emotionalisierten Öffentlichkeit den begrenzten Einfluß jener auf, die seit geraumer Zeit in mühevoller Kleinarbeit für den christlich-jüdischen Dialog eingetreten waren. Der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Schwimmer war - wie die *Jerusalem Post* berichtete - "concerned because a completely false picture has been created". Er meinte den Umstand, daß Israelis glauben würden, "that all Austrians are anti-Semites and Austrians think that all Israelis hate them blindly". Schwimmer versicherte, "that the real Austria is better than its current image reflects" und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß bei einem Besuch junger Israelis in Österreich "they can then learn to put the Waldheim affair into its proper perspective".¹¹⁸

Während Versuche zur außenpolitischen Schadensbegrenzung unternommen wurden, verschlechterte sich das innenpolitische Klima. Die Delegierten zum Parteitag der Wiener SPÖ forderten im Juni 1987 mit 268 zu 217 Stimmen Waldheim zum Rücktritt auf.¹¹⁹ Der sich hierbei besonders exponierende Altsozialist Josef Hindels, der Waldheim einen "hinterhältigen Lügner"

¹¹⁷ Generalsekretär Graff an Grosz, Wien, 26. 6. 1987 [Privatbesitz].

¹¹⁸ *Jerusalem Post*, 23. 6. 1987.

¹¹⁹ *Kurier*, 30. 6. 1987.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

genannt hatte, wurde von ÖVP-Generalsekretär Michael Graff mit dem NS-Volksgeschichtshofpräsidenten Roland Freisler verglichen!¹²⁰

Die Kritiker an Waldheims Umgang mit seiner Vergangenheit wurden nicht müde, vor den negativen Folgen für das außenpolitische Image der Republik zu warnen. Der von seinen Anhängern und einem großen Teil der ÖVP gefeierte Triumph Waldheims entpuppte sich auch als Pyrrhussieg. Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen führte das Land in eine mehrjährige außenpolitische Isolation, der ehemalige UN-Generalsekretär wurde zum Symbol der "österreichischen Lebenslüge",¹²¹ sein Triumph zu einem Debakel der ÖVP-Amerikapolitik, hatte sie doch die antiatlantischen Attitüden der Außenpolitik Kreiskys nicht geteilt und war stets für freundschaftliche Beziehungen zu Washington eingetreten.

Die Affäre Waldheim ist nicht nur vor dem Hintergrund der innenpolitischen Situation Österreichs zu begreifen. Das US-Justizministerium unter Edwin Meese,¹²² der unter persönlichem Beschuß wegen verschiedener Vermögensschritte und der Iran-Contra-Affäre stand, aber auch vom WJC kritisiert wurde, weil er dem KZ-Kommandanten Karl Linnas politisches Asyl in Panama verschaffen wollte, setzte infolge innenpolitischen Drucks das inkriminierte österreichische Staatsoberhaupt auf die "Watchlist".

Der Mitbegründer der ÖVP, spätere Handelsminister und Vizekanzler Fritz Bock, der ein Jahr im Konzentrationslager Dachau zugebracht hatte, sah dadurch "das Prinzip der nationalsozialistischen Sippenhaftung" wieder aufleben und bezweifelte, ob sich die US-Administration bewußt sei, "daß sie mit der Einrichtung ihrer sogenannten 'watch list' Rechtsgrundsätze vertritt, die den mittelalterlichen Inquisitionsverfahren in keiner Weise nachstehen und daher von allen zivilisierten Völkern abgelehnt werden". Gleichzeitig spielte er auf die Überstellung des KZ-Wächters Martin Bartsch seitens der USA an, "der im übrigen nie Österreicher gewesen" sei.¹²³ Der ehemalige Wachmann des KZ Mauthausen, der nach 1945

¹²⁰ "Josef Hindels: Einzelkämpfer und Gralshüter. Er warf den Stein gegen Waldheim ins Wasser", in: *Die Presse*, 30. 6. 1987; vgl. auch "Les socialistes viennois réclament la démission du président Waldheim", in: *Etranger. Gazette de Lausanne*, 29. 6. 1987.

¹²¹ *Die Zeit*, Nr. 20/1986, bezeichnete Waldheim als Anlaß und Auslöser der österreichischen Lebenslüge. Als deren Wortführer habe der "Herr Kurt" [Waldheim] die Kabarettfigur des "Herrn Karl" [Helmut Qualtinger] abgelöst. Erika Weinzierl wehrte sich gegen die einseitige Konzentration auf die „Täterrolle“ der Österreicher und wandte sich gegen den Begriff der „Lebenslüge“. Es habe auch einen österreichischen Widerstand und 1945 nicht nur ein unter den Teppichkehren der NS-Vergangenheit, sondern sehr wohl einen pro-österreichischen demokratischen Grundkonsens der "Stunde Null" gegeben.

¹²² Vgl. den Gastkommentar von Richard Mitten, "Ohne KURToisie", in: *profil*, 11. 5. 1987, Nr. 19, S. 26-27, hier S. 27, der "ziemlich sicher innenpolitische Gründe" für die zögernde Watchlist-Entscheidung für gegeben, die Vorgangsweise von Meese aber - "wenn auch nicht aus edlen Motiven" - für "weder rechtlich ungerechtfertigt noch unbelegt" hält; Gerhard Jelinek/Andreas Weber, „Nach dem US-Einreiseverbot für Waldheim. Die Folgen“, in: *Wochenpresse*, 30. 4. 1987, Nr. 18, S. 14-17; Zur zweifelhaften Integrität von Meese vgl. *Der Spiegel*, 8. 2. 1988, Nr. 6, S. 115-116; vgl. auch Shelly Ross, *Präsidenten und Affären. Skandale und Korruption in der amerikanischen Politik. Eine Chronik über die Kehrseite der Macht*, Bonn 1989, S. 237-242.

¹²³ "Mit Vorwürfen gegen Waldheim schafft sich Amerika keine Freunde in Europa", in: *Die Welt*, 30. 6. 1987; vgl. auch die Kurzdarstellung von Hans Reichmann, *Der vollkommene Wahnsinn*, in: Gruber u.a., *Wir über Waldheim*, S. 151-153, hier S. 153.

Aufnahme in den USA gefunden und die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben hatte, wurde, basierend auf ein Abkommen mit dem österreichischen Innenministerium von 1953 - das "Holtzman-Amendment" von 1978 sah im übrigen auch die Möglichkeit vor, mutmaßliche Kriegsverbrecher oder Verbrecher gegen die Menschlichkeit auszubürgern bzw. das Einreisevisum zu verweigern - nach Österreich ausgeliefert. Die Koinzidenz dieser Ausweisung mit der Watchlist-Entscheidung veranlaßte den Völkerrechtler Felix Ermacora zu der Feststellung, daß die amerikanischen Justizbehörden "Österreich wie eine Art Protektorat und nicht wie einen souveränen Staat behandelt" hätten.¹²⁴

Der konservative Publizist Otto Schulmeister kam bei dem Versuch, den "Fall Waldheim" zu rationalisieren, zum Schluß, "wir seien wohl als Reibebaum oder Mülldeponie für den Mist anderer ausersehen worden". Einem "verblässenden Holocaust-Schrecken", "Israels Kampf um Selbstbehauptung und überhaupt dem düsteren Nachlaß von 1945" könne man damit "wieder Echo verschaffen". "Alte UN-Rechnungen und anderes" ließen sich damit amalgamieren. Daß die Sensibilität der Kinder- und Enkelgeneration nach Hitlers Judenmord eine hohe sei, verdiene Respekt. In Verbindung mit offenkundigen Tagesinteressen diskreditiere es aber den moralischen Anspruch, vieles wirke kontraproduktiv. Schulmeister betonte, daß der Antisemitismus nicht von gestern und nicht nur aus Österreich stamme: "Ihn dann noch anzuheizen, um ihn neu bekämpfen zu können, da wäre wohl Herostrat der Strategie."¹²⁵

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Paul Grosz hatte in Briefen an mehrere Minister und an Erzbischof Hermann Groer über eine Eskalierung des Antisemitismus Klage geführt. Waldheim versicherte, daß er immer wieder mahnend seine Stimme gegen den Antisemitismus, gegen jede Intoleranz und Diskriminierung erheben werde. Er bezeichnete den Schutz aller Minderheiten, vor allem auch der religiösen, "als eine meiner wichtigsten Aufgaben".¹²⁶ Keine derart unmißverständliche Aussage schien Waldheim aber mehr zu helfen.

Die mediale Eigendynamik in den USA war kaum mehr zu stoppen. Eine Sensation jagte die andere, desto aufsehenerregender, umso besser; der Wahrheitsgehalt der Nachrichten schien zweitrangig. Die *Chicago Sun Times* publizierte beispielsweise einen Artikel, wonach Waldheim 1986 ein geheimes Telegramm an seinen Verleger in den USA gesandt habe, in welchem zugegeben worden sei, daß er anlässlich des Abtransportes von 43.000 Juden in Saloniki anwesend gewesen wäre. Der Verfasser Chuck Ashman behauptete, daß die Behauptung, wonach Waldheim während der Deportation der jüdischen Bevölkerung im April oder Mai 1943 nicht in Saloniki gewesen wäre, eine Lüge sei. Steinberg, Exekutivdirektor des WJC, habe verifiziert, daß Waldheim ein Telegramm dieses Inhalts an seinen Verleger gesandt hätte. Die *Chicago Tribune* präsentierte eine ähnlich lautende Meldung.¹²⁷ Die österreichischen diplomatischen Vertretungen in den USA sahen sich einer Flut von nicht mehr verhinderbaren

¹²⁴ Felix Ermacora, „Rechtlich ohne Basis. Der Fall ‘Bartesch’ aus völkerrechtlicher Warte“, in: *Die Furche*, 26. 6. 1987; vgl. dagegen "'Die Österreicher müssen ihr Gewissen erforschen'. Robert Buchacher sprach in New York mit Elisabeth Holtzman, in: *profil*, 25. 5. 1987, Nr. 21, S. 22-23.

¹²⁵ Otto Schulmeister, „Mülldeponie Österreich“, in: *Die Presse*, 27./28. 6. 1987.

¹²⁶ „Bundespräsident verurteilt den Antisemitismus auf das schärfste“, in: *Neue Kronenzeitung*, 28. 6. 1987.

¹²⁷ Vgl. Chuck Ashman, "Waldheim note admits he was at deportation site", in: *Chicago Sun-Times*, 29. 11. 1987, "Waldheim reportedly backtracks", in: *Chicago Tribune*, 29. 11. 1987.

Pressemeldungen gegenüber, die alle mehr oder weniger qualifiziert das österreichische Staatsoberhaupt kritisierten.

VII. Das "Weißbuch", ein gescheiterter "Aufdecker" aus Jugoslawien und das Urteil der Historikerkommission

In der zweiten Hälfte des Jahres 1987 wurde die Debatte und die damit in Zusammenhang stehende Möglichkeit eines Rücktritts Waldheims durch die Arbeit einer von der österreichischen Bundesregierung eingesetzten und bezahlten Historikerkommission wiederbelebt. Die Idee, eine solche zu konstituieren, tauchte bereits im Wahlkampf von 1986 auf. Waldheim hatte am 25. März 1986 erklärt: "Ich bin jederzeit bereit, mich einem Historikerteam zu stellen, das mit Sicherheit alle Behauptungen als Lügen entlarven und meinen guten Ruf wieder herstellen wird."¹²⁸

Der Bundespräsident bekräftigte diese Aussage auch nach seiner Wahl, unternahm jedoch diesbezüglich keine weiteren Schritte mehr.¹²⁹ Nach der Watchlist-Entscheidung hatte Waldheims internationales Ansehen einen neuen Tiefpunkt erreicht. In der trügerischen Hoffnung, daß die Historikerkommission dessen Kriegsvorgangenenheit analysieren und ihm ein positives Zeugnis ausstellen würde, glaubte man am Ballhausplatz, der Debatte ein Ende setzen zu können. Die Einsetzung der Kommission wurde nach einer Anregung von Simon Wiesenthal¹³⁰ von der Bundesregierung - nun auch auf Wunsch Waldheims - am 18. Mai 1987¹³¹ beschlossen, sollte unter Leitung des anerkannten Schweizer Militärgeschichtlers Hans-Rudolf Kurz stehen und das gesamte Material "im Lichte der gegen den Herrn Bundespräsidenten erhobenen Vorwürfe" prüfen und evaluieren. Am 4. Juli 1987 wurde der Auftrag spezifiziert: Die Aufgabe der Kommission sollte es sein, zu untersuchen, "ob ein

¹²⁸ Die Presse, 26. 3. 1986; vgl. auch Bernhard Heindl, "Wir Österreicher sind ein anständiges Volk". Kurt Waldheim, Linz - Hamburg 1991, S. 157.

¹²⁹ Ebd., S. 158.

¹³⁰ Wiesenthal, Recht, S. 394, nahm in der Waldheim-Debatte eine Mittelstellung ein. Einerseits sah er Waldheim nicht als einen Kriegsverbrecher, andererseits hielt er dessen Angaben über seine Kriegszeit am Balkan für unglaubwürdig und plädierte deshalb auch für seinen Rücktritt nach Bekanntgabe des Urteils der Historikerkommission. Das Faktum, daß Wiesenthal (darunter auch von Antisemiten) entweder als Ent- oder Belastungszeuge instrumentalisiert wurde (worauf Wodak et al., "Wir sind alle ...", S. 108 f., 111 hinweisen), ändert noch nicht zwingend etwas am Gewicht seiner Aussagen; zu einer äußerst kritischen Darstellung der Rolle Wiesenthals in der Waldheim-Affäre vgl. Rosenbaum, Betrayal, S. 437-464, bes. S. 452 f., 454 ff., 461 f., 472. Rosenbaum offerierte einen umfangreichen Fragenkatalog, der sich wie eine Anklage liest (S. 484-489) und unbeantwortet blieb. Wiesenthal wird in dem Buch als "lebende Legende", unfähiger und untätiger "Nazijäger" bezeichnet sowie als Verbündeter Waldheims gesehen, der die Arbeiten des WJC (die er kritisiert hatte) behindert habe. Durch diese Darstellung scheint eine neue Verschwörungstheorie Nahrung zu erhalten; Rosenbaum wiederholte in einem Fernsehinterview mit CNN am 10. 6. 1993 seine Kritik an Wiesenthal, Waldheim nicht zur Strecke gebracht und den Staat Israel, der angefragt hatte, nicht umfassend informiert zu haben. Wiesenthal replizierte, daß der Brief mit den Fragen ihn an den Großinquisitor vor 500 Jahren erinnere. Der WJC habe Recht gehabt, wenn er von Waldheim als einem Lügner sprach, könne aber keinen Nachweis bringen, daß er persönlich in Verbrechen involviert war. Die antisemitische Stimmung sei entstanden, "because these people attack Austria, the whole nation".

¹³¹ Heindl, "Wir Österreicher", S. 159.

persönlich schuldhaftes Verhalten von Dr. Kurt Waldheim während seiner Kriegszeit vorliegt".¹³² Diese Aufgabenstellung mußte sich insofern schon problematisch erweisen, als Historiker an sich nicht die Funktion zu erfüllen haben, zwischen Schuld und Unschuld zu entscheiden bzw. Schuldurteile auszusprechen. Hinzu kam noch die Gretchenfrage, nach welcher Art von Schuld¹³³ die Geschichtsschreiber forschen sollten. Die Bundesregierung schien unter Schuld lediglich eine juristisch-kriminell faßbare zu verstehen, während sich einzelne Kommissionsmitglieder auch Gedanken darüber machten, ob eine moralische Schuld Waldheims vorlag, was der Kommission später auch den Vorwurf der Mandatsüberschreitung eintragen sollte (vgl. unten).

Der Angegriffene ließ noch vor der Bekanntgabe des Historikerberichts wissen, daß kein "Urteil" der Kommission für ihn bindend sei. Das deutsche Kommissionsmitglied Manfred Messerschmidt trat der These entgegen, die Historiker hätten lediglich die Frage eines "persönlich schuldhaften Verhaltens" Waldheims während seiner Kriegsjahre zu prüfen.

Zu seiner Entlastung wurde von seinen Verteidigern und Freunden bereits am 27. November 1987, noch vor Abschluß der Arbeiten der Historikerkommission, ein "Weißbuch" vorgestellt, welches Regierungskreisen bereits seit Mai vorlag¹³⁴ und die Verteidigungsaussagen Waldheims enthielt. Dem Außenministerium stand es bereits seit Monaten zur Verfügung. Nunmehr wurde es als Buch präsentiert. Die Herausgeber Karl Gruber, Waldheims Sekretär Ralph Scheide und Ferdinand Trauttmansdorff gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, Waldheim sei weder Mitglied einer NS-Organisation gewesen, noch habe er an Kriegsverbrechen oder der Deportation von Juden mitgewirkt. Die Historikerkommission werde kaum zu anderen Ergebnissen kommen. Gruber glaubte, selbst wenn Waldheim "etwas gewußt" habe, so hätte er als Oberleutnant nichts dagegen tun können.¹³⁵

Am 1. Februar 1988 erschien das bundesdeutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* mit dem Titelvermerk "Der Beweis" und einem faksimilierten Telegramm, welches die Verwicklung Waldheims bei der Deportation von Zivilisten zu belegen schien. Das Dokument stammte von einem jugoslawischen "Historiker" namens Dusan Plenca, der als "früherer Leiter des Kriegshistorischen Instituts Belgrad" firmierte.¹³⁶ Das Dokument erwies sich etwas mehr als eine

¹³² James L. Collins/ Hagen Fleischer/ Gerald Fleming/ Hans-Rudolf Kur/ Manfred Messerschmidt/ Jean Vanwelkenhuyzen/ Jehuda L. Wallach, Bericht der internationalen Historikerkommission, in: *profil*, 15. 2. 1988, Nr. 7, S. 1-48, hier S.1

¹³³ Zum Themenkomplex "Schuld" vgl. allgemein die Studie von Karl Jaspers, Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands, München - Zürich 1965, 1987 (Neuausgabe).

¹³⁴ Gerhard Jelinek/Andreas Weber, Das Weißbuch - exklusiv. Waldheims Wahrheit, in: *Wochenpresse*, 8. 5. 1987, Nr. 19, S. 12-20.

¹³⁵ Kurt Waldheims Kriegsjahre. Eine Dokumentation, Wien 1987; "Waldheim-Diskussion wird heftiger. SP-Pläne für den Fall eines Rücktritts", in: *Die Presse*, 28./29. 11. 1987; zur Kritik des WJC am Weißbuch, vgl. "Waldheim - 'die Schlinge zieht sich zu'", in: *Der Spiegel*, 25. 1. 1988, Nr. 4, S. 128-134, hier S. 133 f.; kritisch hierzu: Hubertus Czernin über das "Weißbuch": "Das Buch der Weißen Flecken", in: *profil*, 30.11.1987, Nr. 48, S. 23-24.

¹³⁶ "Waldheim - 'Gongschlag zur letzten Runde'. Erstmals weist ein Dokument den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim als Mittäter bei Kriegsverbrechen aus. Danach gab er im Jahre 1942 bei einer berüchtigten Aktion im bosnischen Kozara-Gebirge den Befehl zur Deportation von über 4000

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Woche später als plumpe Fälschung,¹³⁷ und der ehemalige Partisanenführer Oberst Plenca "tauchte in unerreichbare Tiefen ab".¹³⁸ Der jugoslawische "Aufdecker" war gescheitert. Die unverantwortliche Publikation verstärkte den Eindruck in Österreich, Waldheim sei lediglich das Opfer bestimmter Medien, die versuchen würden, ihm zu schaden.

Erst wurde es für Waldheim schließlich am 8. Februar 1988, als die Historikerkommission in ihrem Bericht¹³⁹ Waldheims Rolle bei der Weitergabe und dem Austausch von Nachrichten ("Feindlageberichte") offenlegte, die demnach der Festlegung von Zielen für "Säuberungsaktionen" gedient hatten. Die Kommission nannte dies "konsultative Unterstützung von Unterdrückungsmaßnahmen".¹⁴⁰

Auffallend war, daß die Kommission Waldheims Mitgliedschaft in der SA und im NSDStB bestätigte, was dieser in der Öffentlichkeit bisher stets abgestritten hatte. Ein weiterer Waldheim belastender Befund lautete:

"Die Kommission hat von keinem Fall Kenntnis erhalten, in welchem Waldheim gegen die Anordnung eines von ihm zweifellos erkannten Unrechts Einspruch erhoben, Protest geführt oder irgendwelche Gegenmaßnahmen getroffen hat, um die Verwirklichung des Unrechts zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Er hat im Gegenteil wiederholt im Zusammenhang rechtswidriger Vorgänge mitgewirkt und damit den Vollzug erleichtert."¹⁴¹

In der zusammenfassenden Schlußbetrachtung steht über die Kriegsvergangenheit des Bundespräsidenten:

"In den verschiedenen Stabsstellungen hat er Aufgaben wahrgenommen, die das Schicksal von Gefangenen und Flüchtlingen betreffen konnten. (...) Dabei waren seine allgemeinen Einblicke umfassend: sie bezogen sich nicht nur auf die taktischen, strategischen und administrativen Anordnungen, sondern schlossen in einigen Fällen auch die Handlungen und Maßnahmen ein, die im Widerspruch zum Kriegsrecht und den Grundsätzen der Menschlichkeit standen."¹⁴²

Zivilgefangenen, die später zum Teil in der Haft umkamen", in: *Der Spiegel*, 1. 2. 1988, Nr. 5, S. 116-118; Hubertus Czernin, "'Waldheim war in den Gefangenentransport verwickelt'. Der jugoslawische Historiker Dusan Plenca veröffentlicht im Hamburger Magazin '*Der Spiegel*' Dokumente über Kurt Waldheims persönliche Verwicklung in die Deportation Tausender Zivilisten", in: *profil*, 1.2.1988, Nr. 5, S. 28-31.

¹³⁷ *Der Spiegel*, 15. 2. 1988, Nr. 7, S. 3 bedauerte in einer nicht unpolemischen "Hausmitteilung" seinen Lesern gegenüber, "dieses seit vierzehn Tagen umstrittene und von den jugoslawischen Behörden zur 'wahrscheinlichen Fälschung' erklärte Papier als 'Der Beweis' und nicht mit der gebotenen Distanzierung präsentiert zu haben"; Hubertus Czernin, "Eigentlich spricht alles gegen die Echtheit des '*Spiegel*-Telegramms, wonach Kurt Waldheim vor 46 Jahren die Deportation von 4224 Zivilisten verlangte. Tatort Belgrad", in: *profil*, 8.2.1988, Nr. 6, S. 12-16.

¹³⁸ Vgl. auch "Wundersame Wandlung", in: *Der Spiegel*, 15.2.1988, Nr.7, S. 112-116, hier S. 116.

¹³⁹ Der Bericht der Internationalen Historikerkommission, in: *profil (profil-dokumente)*, 15. 2. 1988, Nr. 7, S. 1-48.

¹⁴⁰ Ebd., S. 42; Wodak u.a., "Wir sind alle ...", S. 80.

¹⁴¹ Der Bericht der Internationalen Historikerkommission, in: *profil (profil-dokumente)*, 15. 2. 1988, Nr. 7, S. 43.

¹⁴² Ebd., S. 42 f.

Abschließend hieß es:

"Waldheims Darstellung seiner militärischen Vergangenheit steht in vielen Punkten nicht im Einklang mit den Ergebnissen der Kommissionsarbeit. Er war bemüht, seine militärische Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen und, sobald das nicht mehr möglich war, zu verharmlosen. Dieses Vergessen ist nach Auffassung der Kommission so grundsätzlich, daß sie keine klärenden Hinweise für ihre Arbeit von Waldheim erhalten konnte."¹⁴³

Waldheim, der sich zunächst geweigert haben soll, den Bericht anzunehmen, von der Regierung eine kategorische Zurückweisung verlangt und mit ihrer Entlassung gedroht hatte, zeigte sich in der Öffentlichkeit "froh, weil sich bestätigt, was ich immer sage, daß ich in keine Handlungen verwickelt [sic!] war, die als kriegsverbrecherisch bezeichnet werden können". Er betrachtete das Historikerurteil als "umfassende Entlastung".¹⁴⁴ Daß dies nicht ganz zutreffen schien, wurde eine Woche später deutlich, als Waldheim in einer Fernsehansprache erklärte, daß er "nicht der Verleumdung weichen" werde. Der Historikerbericht entspreche "in Teilen nicht der Wahrheit". Kritiker an den Arbeiten der Kommission stellten die Frage, inwiefern politische Erwägungen in unerlaubter Weise ins Kalkül gezogen wurden, bzw. ob die urteilenden Historiker nicht in ihrem Bericht die Grenzen des Auftrags und ihrer fachlichen Zuständigkeit überschritten hätten. Ihr ursprünglicher Auftrag habe gelautet, "ob ein persönliches schuldhaftes Verhalten von Dr. Kurt Waldheim während seiner Kriegszeit vorliegt". Die stets wiederholte Frage, was Waldheim gewußt haben könnte oder müßte, sei eine Frage ganz außerhalb des der Kommission erteilten Mandats gewesen, soweit das Wissen nicht Voraussetzung für Verhalten war. Mitwissen sei noch weit entfernt von Mitschuld. Tatsächlich rückte diese Frage stärker in den Vordergrund, nachdem immer unwahrscheinlicher wurde, daß Waldheim an Kriegsverbrechen beteiligt war; bzw. deutlich wurde, daß ihm solche nicht nachgewiesen werden konnten.¹⁴⁵ Der britische Außenminister Geoffrey Howe hatte der Kommission mitgeteilt, daß Waldheim aufgrund eingeleiteter britischer Untersuchungen nicht an Repressalien gegen Geiseln oder Zivilisten oder an rechtswidriger Behandlung alliierter Gefangener beteiligt war. Kriminelle Handlungen gegenüber alliierten Kommandos konnten ihm hier nicht nachgewiesen werden,¹⁴⁶ wie auch eine eigens konstituierte britisch-amerikanische

¹⁴³ Ebd., S. 43 f.

¹⁴⁴ Zu den Reaktionen vgl. auch "Nur noch Waldheim hält zu Waldheim" und "Ich höre davon zum erstenmal", in: *Der Spiegel*, 15. 2. 1988, Nr. 7, S. 110f.; vgl. auch "Es trifft ihn der Schlag". Die letzten zwei Arbeitstage der Wissenschaftler, in: *profil*, 15. 2. 1988, Nr. 7, S. 22 f.; Heindl, "Wir Österreicher", S. 161.

¹⁴⁵ Vgl. Joseph H. Kaiser, Im Streit um ein Staatsoberhaupt. Zur Causa Bundespräsident Waldheim. Gravierende Grenzüberschreitungen und Fehler der Historiker-Kommission, Berlin 1988, S. 14 f., 28 f., 30 f.; in dem Werk wird gleich zu Beginn ein Toast auf den Bundespräsidenten ausgesprochen, was nicht unbedingt für Unvoreingenommenheit spricht; vgl. auch Fritz von Schwind, Historische Fehlleistung?, in: *Die Presse*, 8. 3. 1988.

¹⁴⁶ Kaiser, Im Streit, S. 42; vgl. auch Ministry of Defense, Review of the results of investigations carried out by the Ministry of Defense in 1986 into the fate of British servicemen captured in Greece and the Greek Islands between October 1943 and October 1944 and the involvement, if any, of the then Lieutenant Waldheim, London 1989.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Untersuchungskommission¹⁴⁷ als eine Art Fernsehtribunal am 5. Juni 1988 keine Kriegsverbrechen feststellte.¹⁴⁸ All dies stand offenbar durchaus im Widerspruch zu der von der Historikerkommission festgestellten "konsultativen Unterstützung" von Unterdrückungsmaßnahmen.

Wenn auch die häufig aufgeworfene Frage nach Waldheims Wissen letztlich nichts Entscheidendes zur Beantwortung eines schuldhaften Verhaltens beisteuern konnte,¹⁴⁹ so konnte sie dennoch zur Aufhellung der Frage beitragen, ob er im Wahlkampf in den Diskussionen über seine Vergangenheit glaubwürdig gehandelt hatte.

Nach dem Bericht der Historiker sprachen sich Waldheims Anhänger für einen Verbleib im Amt aus, weil eine demokratisch zustandegekommene Entscheidung zu respektieren sei. Sie argumentierten, daß ein Ausscheiden zu einer prinzipiellen Infragestellung demokratisch legitimierter Institutionen und zu einer politischen Eskalierung führen könne.¹⁵⁰ Wenngleich eine Beteiligung an Kriegsverbrechen nicht nachweisbar war, mußte der Freiburger Militärhistoriker Manfred Messerschmidt im Gespräch mit dem Präsidenten erstaunliche Erinnerungslücken feststellen. Die Kommission konnte kein persönlich schuldhaftes Verhalten erkennen, wenngleich von "konsultativer Mitwirkung an Unterdrückungsmaßnahmen" die Rede war, welches als Erleichterung des Vollzugs von Unrecht bezeichnet werden konnte. Wiesenthal sah das Urteil der Historikerkommission als Chance für Waldheim, ohne Gesichtsverlust zurückzutreten im Sinne einer "Entscheidung für Österreich", während sich Schulmeister auf die einwandfrei demokratisch zustandegekommene Wahl berief und von einer "organisierten Medienkampagne" sowie einer "beispiellosen internationalen Einmischung" sprach. Ein Rücktritt würde eine Zweiteilung Österreichs und ein Zerschneiden der Demokratie bewirken.¹⁵¹

VIII. "Waldheim ist doch nur eine Symbolfigur für das Ganze": Karl Grubers heftige Reaktion und der 50. Jahrestag des "Anschlusses" als dramaturgischer Höhepunkt der Affäre

Während der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker, vielfach anerkannte Autorität, gleichsam innenpolitisch als Integrationsfigur erschien, wirkte der nahezu weltweit geächtete österreichische Bundespräsident Waldheim auch innenpolitisch in zunehmenden Maße als Desintegrationsfigur, die laut Erika Weinzierl, der Repräsentantin der österreichischen

¹⁴⁷ Hubertus Czernin, "'Pushy young man'. Neun Tage lang verhandelte ein britisch-amerikanisches TV-Tribunal über die Kriegsvorgänge Kurt Waldheims", in: *profil*, 30. 5. 1988, Nr. 22, S. 14-20; Jack Saltman, Kurt Waldheim. A case to answer, London 1988.

¹⁴⁸ Archiv der Gegenwart (1988), S. 32399.

¹⁴⁹ Kaiser, Im Streit, S. 38.

¹⁵⁰ Zu den vehementen Waldheimbefürwortern auch in der weiteren Folge gehörten der Publizist Otto Schulmeister und Min. a.D. Dr. Karl Gruber, so zuletzt noch in der Sendung *Zeitzeugen* im ORF, FS 2 am 26. 3. 1991.

¹⁵¹ So Simon Wiesenthal und Otto Schulmeister in einer ZDF-Dokumentation vom 8.2.1988 über den Fall Waldheim; vgl. auch Rosenbaum, Betrayal, S. 443.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Zeitgeschichtsforschung,¹⁵² nicht nur die öffentliche Meinung spaltete: "Die durch ihn entstandene Kluft geht quer durch die Gesellschaft, die Generationen, die Parteien. So schwer es ist, wir müssen auch sie zu schließen versuchen, aber nicht im Haß, nicht im Haß (...)." ¹⁵³

Das Bild vom Österreich, welches seine NS-Vergangenheit verdrängt hatte und leugne, setzte sich bereits weltweit fest. Waldheim trotzte aber kontinuierlich diesen Anfechtungen und zeigte dabei kaum Verständnis für seine Kritiker, unter denen Künstler wie der Kommunist Alfred Hrdlicka (der ein übergroßes Holzpferd angefertigt und vor der Hofburg aufgestellt hatte, welches an Waldheims verdrängte Vergangenheit in der SA-Reiterstandarte erinnern sollte - nachdem Sinowatz süffisant festgestellt hatte, er nehme zur Kenntnis, daß *nur* Waldheims Pferd bei der SA gewesen sei), Schriftsteller und Intellektuelle wie Erika Weinzierl¹⁵⁴ oder Gerhard Botz¹⁵⁵ öffentlich auftraten. Die mitunter massiv vorgetragenen Forderungen nach Konsequenzen bzw. Rücktritt blieben allerdings erfolglos.

Gruber, persönlicher Freund und einer der engagiertesten Verteidiger Waldheims, hatte sich angesichts der massiven Einmischungsversuche in innere österreichische Angelegenheiten in die Zeit der ersten Nachkriegsperiode zurückversetzt gefühlt, jener Phase der alliierten Besatzung,¹⁵⁶ für welche Österreich von Zeithistorikern als "bevormundete Nation"¹⁵⁷ charakterisiert wurde. In einem Interview mit dem italienischen Fernsehen hatte Gruber seine Meinung dezidiert zum Ausdruck gebracht. Im ORF-*Inlandsreport* wurde der Wortlaut seiner Aussagen am 11. Februar gesendet:

"Juristisch betrachtet schaut die Sache so aus: Er ist vom österreichischen Volk gewählt. Wenn nicht ein österreichisches Gericht ihn verurteilt, kann er noch einmal gewählt werden. Er wird zwar nicht wieder kandidieren, aber wenn er mit Gewalt abgesetzt würde, würde er sofort

¹⁵² Vgl. hierzu auch Gerhard Botz, Krisen der österreichischen Zeitgeschichte, in: ders./Sprengnagel (Hrsg.), Kontroversen, S. 16-76, Erika Weinzierl, Zeitgeschichte in der Krise?, in: ebd., S. 132-149 und die kritische Bestandsaufnahme zur österreichischen Zeitgeschichtsforschung von Thomas Angerer, An Incomplete Discipline: Austrian Zeitgeschichte and Recent History, in: *Contemporary Austrian Studies*, hrsg. v. Günter Bischof und Anton Pelinka, Vol. 3, New Brunswick - London 1994, S. 207-251, hier S. 208 f., 221-227, bes. 223 ff.

¹⁵³ Erika Weinzierl, Es geht um unsere Identität, in: Milo Dor (Hrsg.), Die Leiche im Keller. Dokumente des Widerstands gegen Dr. Kurt Waldheim, Wien 1988, S. 83 f.

¹⁵⁴ Ebd., S. 83 f.; dies., Schuld durch Gleichgültigkeit, in: Anton Pelinka/Erika Weinzierl (Hrsg.), Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, Wien 1987, S. 174-195.

¹⁵⁵ Vgl. Gerhard Botz, Die Synthese mit Österreichs NS-Vergangenheit, in: Milo Dor, Die Leiche, S. 22-26 (Rede Botz' auf der Kundgebung auf dem Ballhausplatz 12. 3. 1988); ders., Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/Main 1987, S. 141-152.

¹⁵⁶ Karl Gruber, Im Wien der Teppichwickler und des Dritten Manns, in: *Die Weltwoche*, 5. 2. 198; so ders. Auch in mehreren Gesprächen dem Verfasser gegenüber.

¹⁵⁷ Vgl. Sammelwerk von Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hrsg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

wieder kandidieren, wahrscheinlich mit einer sehr viel größeren Mehrheit als er diesmal gehabt hat."

Auf den zitierten Befund der Kommission, daß Waldheim nicht klar genug die Wahrheit gesagt habe, erwiderte Gruber barsch:

"Das stimmt ja nicht. Das sagt die Kommission. Die Kommission, das waren ja nicht seine Freunde, das dürfen Sie nicht vergessen, das waren ja praktisch alles seine Gegner. Der Deutsche ist ein Sozialist [sic!], die anderen sind von der jüdischen Abstammung her [sic!], die natürlich auch nicht seine Freunde sind."

Auf die Gegenfrage, was der Befund der Kommissionsmitglieder mit "jüdischer Abstammung" zu tun habe, entgegnete Gruber kategorisch: "Weil sie gegen Waldheim sind, klarerweise", was der Interviewer nicht glauben wollte. Darauf der ehemalige Außenminister aufgebracht:

"Das glaube ich ja. Das ist doch ganz klar. Um das geht es doch letzten Endes. Schauen Sie, warum wird er angegriffen? Weil wir nicht bereit waren, wie die Deutschen, das zu bezahlen, was sie gesagt haben. Das ist der Grund. Waldheim ist doch nur eine Symbolfigur für das Ganze, das kann ich Ihnen sagen."¹⁵⁸

Ergänzend fügte die Redaktion noch folgenden Kommentar als Klarstellung hinzu: "Dr. Gruber meint hier die hohen Reparationszahlungen, die Deutschland nach dem Krieg an Israel gezahlt hat. Österreich ist solchen Verpflichtungen nur in weit geringerem Ausmaß nachgekommen".¹⁵⁹

Die Äußerungen Grubers wurden in SPÖ-Kreisen als Eklat empfunden. Kanzler Vranitzky entschuldigte sich in einem Telegramm an die Historiker für die Erklärungen und versicherte, daß diese mit der Einschätzung des Historikerberichts durch die Bundesregierung "nicht das Geringste zu tun" hätten. SPÖ-Nationalratsabgeordneter Ewald Nowotny warf Gruber vor, nicht nur seine eigene Reputation zerstört, sondern auch Österreich speziell in der wissenschaftlichen Welt schwersten Schaden zugefügt zu haben.¹⁶⁰

¹⁵⁸ ORF-Transkript: Inlandsreport vom 11. 2. 1988, "Ex-AM Gruber zu den Reaktionen auf den Historikerbericht". Privat-Nachlaß Gruber.

¹⁵⁹ *Ebd.*

¹⁶⁰ "Große Empörung über Waldheim-Freund Gruber", in: *Neue Zeitung*, 13. 2. 1988, S. 2; "Wirbel um Gruber-Interview", in: *Wiener Zeitung*, 13. 2. 1988; Michael Jeanée, Das ungewöhnliche Interview: "Erklären Sie mir das, Herr Dr. Gruber!", in: *Neue Kronen-Zeitung*, 18. 2. 1988, S. 18f; der Historikerkommission gehörten James L. Collins, Hans-Rudolf Kurz, Jean Vanwelkenhuyzen, Gerald Fleming, Jehuda Wallach, Hagen Fleischer und Manfred Messerschmidt an; vgl. Gerhard Roth, "Wahrheit ist Lüge, Lüge ist Wahrheit. Das doppelköpfige Österreich", in: *profil*, 15. 2. 1988, Nr. 7, S. 14-18, hier S. 18. Die Kommission bestand aus "Falken" und "Tauben" und war infolgedessen unterschiedlicher Auffassung. Während Wallach, Fleming, Fleischer und Messerschmidt auf der "moralischen Mitschuld" beharrten, plädierten Collins und Vanwelkenhuyzen dagegen. Kurz hatte als Kommissionsleiter kein leichtes Amt. Das deutsche Kommissionsmitglied Messerschmidt war im übrigen parteilos.

In einem später ausgestrahlten ORF-Hörfunkinterview¹⁶¹ räumte Gruber "große Fehler" seitens Österreichs ein, in der Frage der Wiedergutmachung an geschädigte Juden nach 1945 "nicht großzügig genug" gewesen zu sein. Er verwies aber gleichzeitig auch auf die schwierigen Zeiten im Nachkriegsösterreich, darunter die Wohnungsnot, die allgemein schlechte wirtschaftliche Situation und den Kalten Krieg. Gruber führte die hunderttausenden österreichischen Kriegsoffer und die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion an und betonte dabei, daß es kein "Monopol des jüdischen Leids" gegeben habe. Auf die letzte Frage des Interviewers Peter Huemer, wie er seine Äußerung im Zusammenhang mit der Historikerkommission beurteile, wonach Waldheim lediglich ein Symbol sei für die - im Unterschied zu Deutschland - von Österreich nicht geleisteten Wiedergutmachungszahlungen, eine Aussage, die als antisemitisch eingestuft werde, entgegnete Gruber in seiner typischen Art äußerst vehement:

"Sie, lieber Freund, ich habe ja jahrzehntelang in der Frage verhandelt mit jüdischen Organisationen, das ist für mich ja, das ist für mich ja nicht eine Erkenntnis, das ist ja eine Erfahrung, der Nahum Goldmann war ja x-mal bei mir und hat genau das gesagt, was ich dort gesagt habe, er hat gesagt, Sie werden schon sehen, was Ihnen passieren wird, wenn Sie nicht dem deutschen Beispiel folgen, was aber die Regierung damals mich beauftragt hat abzulehnen, weil sie gesagt hat, wir waren kein existierender Staat und sind daher nicht in derselben Lage wie das Deutsche Reich. Aus. Daher ist das also eine Feststellung. Der Grund, warum ich das überhaupt gesagt habe, war folgender: Der israelische Delegierte, Wallach glaube ich heißt er, ich kann mich an den Namen nicht mehr genau erinnern, der hat erklärt, er kommt nur in die Kommission hinein, wenn dort kein Österreicher ist. Und das habe ich empörend gefunden, sage ich Ihnen, ganz ehrlich (...)." ¹⁶²

¹⁶¹ ORF-Hörfunk-Sendung "*Im Gespräch*" mit Peter Huemer, Karl Gruber und Robert Knight vom 9. 6. 1988 (Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers).

¹⁶² Ebd.; vgl. zu den jüdischen Organisationen Thomas Albrich, *Jewish Interests and the Austrian State Treaty*, in: Günter Bischof/Anton Pelinka (Hrsg.), *Austria in the New Europe. Contemporary Austrian Studies* (1992), Vol. 1, S. 137-164; zum Verhalten Österreichs: Brigitte Bailer, *Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus*, Wien 1993; wie auch Thomas Albrich, "Es gibt keine jüdische Frage". Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos, in: Rolf Steininger (Hrsg.) unter Mitarbeit von Ingrid Böhler, *Der Umgang mit dem Holocaust. Europa - USA - Israel* (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museum Hohenems 1), Wien - Köln - Weimar 1993, S. 147-166; Grubers Aussagen waren freilich nicht völlig aus der Luft gegriffen: Das "Committee for Jewish Claims on Austria" hatte sich angesichts des bevorstehenden 50jährigen Gedenkens des "Anschlusses" bereits 1987 an Außenminister Mock gewandt und diesen um soziale und materielle Unterstützung für jene in Österreich seinerzeit verfolgten und noch nicht entschädigten jüdischen Opfer gebeten. Es war darin die Rede von mehr als 3000 früheren österreichischen Juden, die in Israel, England, Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, den USA und anderen Ländern lebten. Zirka die Hälfte war zwischen 80 und 90 Jahre alt, über zehn Prozent 90 Jahre und älter und 82 Prozent lebten alleine. Das „Committee“ wies auf die Dringlichkeit der Frage hin, bezog sich auf einen Beschluß des österreichischen Kabinetts vom Juli 1987, wonach Solidaritätsmaßnahmen für jene empfohlen wurden, die aus Österreich gewaltsam vertrieben worden waren, und forderte die Errichtung eines Fonds für österreichische Holocaustopfer im Ausmaß von ÖS 500.000.000.- zur Verwendung des „Committees“; Israel Miller, President, an Alois Mock, 18. 12. 1987 Privatnachlaß Gruber.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Auf die Zwischenbemerkung Huemers, daß Wallachs Forderung nichts mit der "Geldfrage" zu tun habe, reagierte Gruber nicht minder heftig, indem er seiner Gedankenwelt unverhüllt freien Lauf ließ:

"Ja, hat aber mit dem Geld gar nichts zu tun. Es muß doch einen Grund haben, warum die Leute ablehnen, daß ein Österreicher da dabei ist. Sie, können Sie einer Kommission zustimmen, wo die Hauptbetroffenen nicht vertreten sind? Ich nicht, kann ich Ihnen sagen. Ich habe das eine ganz unerhörte Forderung dieses Wallach gefunden, und das war der Grund, warum er mich veranlaßt hat zu sagen, daß ich nicht glauben kann, daß der objektiv genauso wie jeder andere urteilen kann. Das war mein Grund dafür."¹⁶³

Auf die präzisierende Zusatzfrage Huemers, ob "die Geldfrage noch immer eine wesentliche Rolle spiele", reagierte Gruber auf insistierend:

"Schauen Sie, ob Sie es eine Geldfrage nennen oder nicht, ist ganz egal, jedenfalls steht diese Forderung nach wie vor im Raum. Schauen Sie, Sie brauchen nur den Jüdischen Weltkongreß mit seinen Reden betrachten, (Zwischenfrage: Haben die je..?), Sie, ist Ihnen nicht aufgefallen, daß der Bronfman in einer Rede gesagt hat, der Waldheim ist ganz nebensächlich, die Österreicher sind die Leute, die schlimm sind. Sie, also, mein lieber Herr, kann ich Ihnen sagen, ich lasse von niemand Österreich beleidigen, das kann ich Ihnen sagen. Weil das ist unberechtigt, uns also als die Hauptnazi hinzustellen, die Deutschen lachen sich doch den Buckel voll über diese ganze Geschichte."¹⁶⁴

Der wegen seiner offenen Äußerungen bekannte Gruber¹⁶⁵ meinte in seinen Erinnerungen im Stil eines unreflektierten Patriotismus rückblickend:

"Für mich ist aber ein Feind Österreichs ein Feind, ob Jude, Araber oder Amerikaner. Da ist mit Katzbuckeln nichts gewonnen. Ich habe zeit meines Lebens für Juden gekämpft und zähle viele zu meinen Freunden."¹⁶⁶

Die Waldheim-Debatten brandeten noch einmal im Zusammenhang mit dem "Gedenkjahr" 1988 anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des "Anschlusses" Österreichs an das Deutsche

¹⁶³ Ebd. (wie Anm. 161); Gruber hatte sich schon früh gegenüber Waldheim gegen die Einsetzung der Historikerkommission ausgesprochen: "Ich habe ihm gesagt: Du paß auf, wenn du dieser Kommission zustimmst, dann laß dich wegen Dummheit ins Narrenhaus sperren. Er hat gesagt: Schau, ich bin unter dem Druck von Vranitzky."; Gruber im Interview zit. n. *Kleine Zeitung*, 16. 2. 1988, S. 4.

¹⁶⁴ Ebd. (wie Anm. 161); Wodak u.a., "Wir sind alle ..." präsentieren das Interview Huemers mit Gruber so, als handle es sich lediglich um einen latent antisemitisch argumentierenden Österreicher, was zu kurz greift, zumal andere nicht unwesentliche Aspekte, die in Grubers Aussagen ausgedrückt wurden, in der Auswertung Wodaks u.a. unberücksichtigt bleiben.

¹⁶⁵ Vgl. auch Michael Gehler (Hrsg.), Karl Gruber. Reden und Dokumente 1945-1953. Eine Auswahl (=Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 2), Wien - Köln - Weimar 1994.

¹⁶⁶ Zur Thematik siehe auch das Kapitel „Die Waldheim-Saga“, in: Karl Gruber, *Meine Partei ist Österreich. Privates und Diplomatisches*, Wien 1988, S. 327-343; Interview mit Minister a.D. Dr. Karl Gruber [+] am 25. 2. 1992 (Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers).

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 614-666

Reich auf und erlebten damit ihren dramaturgischen Höhepunkt. Während der Veranstaltung wurde auch auf die gewaltsame Besetzung des Landes und die damalige Passivität des Auslandes¹⁶⁷ hingewiesen.

Mit dem lang vorbereiteten hochhoffiziellen Gedenkakt schien angesichts der Präsidentschaft Waldheims ein besonders heikles und emotional aufgeladenes Ereignis bevorzustehen, welches entsprechend internationale Beachtung erwarten ließ. Waldheim hielt am Vorabend des 50. Jahrestages des "Anschlusses" im ORF eine mit Hochspannung erwartete Rede, die bemerkenswerte Worte enthielt und - weil wenig beachtet - ausführlich zitiert werden sollten:

"Der Holocaust ist eine der größten Tragödien der Weltgeschichte. Millionen jüdischer Menschen wurden in den KZ's [sic!] vernichtet. Diese Verbrechen sind durch nichts zu erklären und durch nichts zu entschuldigen. Ich verneige mich in tiefem Respekt vor diesen Opfern, die uns stets Mahnung und Auftrag sein müssen. (...) Wir dürfen nicht vergessen, daß viele der ärgsten Schergen des Nationalsozialismus Österreicher waren. Es gab Österreicher, die Opfer, und andere, die Täter waren. Erwecken wir nicht den Eindruck, als hätten wir damit nichts zu tun. Selbstverständlich gibt es keine Kollektivschuld, trotzdem möchte ich mich als Staatsoberhaupt der Republik Österreich für jene Verbrechen entschuldigen, die von Österreichern im Zeichen des Nationalsozialismus begangen wurden."¹⁶⁸

Das waren überraschend klare Worte. Mit keinem noch so offenem Eingeständnis bzw. Bekenntnis konnte Waldheim jedoch seine persönliche Glaubwürdigkeit jetzt noch zurückgewinnen. Weitere Anschuldigungen wurden aufgrund angeblich neuen belastenden Materials aus dem UN-Kriegsverbrecher-Archiv¹⁶⁹ erhoben, aber stets zurückgewiesen.¹⁷⁰

IX. Die kurz- und langfristigen Folgen

Durch die Waldheim-Affäre kam zum ersten Mal das System des "stillschweigenden Übereinkommens" und des "Geheimpaktes"¹⁷¹ zwischen den Großparteien bezüglich Ausklammerung und Tabuisierung der NS-Vergangenheit zur Vermeidung einer

¹⁶⁷ Überblickartig hierzu Michael Gehler, Der "Anschluß" von 1938 und die internationalen Reaktionen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 9/88, 26. 2. 1988, S. 34-46; mit aktuellen Beiträgen und neuer Literatur vgl. Felix Kreissler (Hrsg.) Fünfzig Jahre danach, der "Anschluß" von innen und außen gesehen. Beiträge zum internationalen Symposium von Rouen, 29. Februar-4. März 1988, Wien - Zürich 1989 und den bisher zu wenig beachteten Band von Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des "Anschlusses" vom März 1938 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs, Philosophisch-Historische Klasse 16), Wien 1990.

¹⁶⁸ Vgl. Karas, Die Lehre, S. 13-17; vgl. hierzu auch Albrich, "Es gibt keine jüdische Frage", S. 165.

¹⁶⁹ Vgl. z.B. auch Robert Edwin Herzstein, The Recently Opened United Nations War Crimes Archives: A Researcher's Comment, in: *American Archivist* 52 (1989), S. 208-213, hier S. 210 f.

¹⁷⁰ Vgl. z. B. Ludwig Steiner, Anschuldigungen gegen Waldheim: Es gibt kein neues Material, in: *ÖMH*, 44 (1988), Nr. 1, S. 33.

¹⁷¹ Meinrad Ziegler/Waltraud Kannonier-Finster, Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit, Wien - Köln - Weimar 1993, S. 230-254, hier S. 244.

koalitionspolitischen Konfliktzone kurzzeitig außer Kontrolle. In der Frage der Bundespräsidentenwahl kollidierten die verschiedenen parteipolitischen Interessen, wobei es nun zu einer Entfesselung vorher schon artikulierter mental verankerter antisemitischer und rechtsgerichteter Vorurteilsstrukturen (v.a. Kreisky-Wiesenthal-¹⁷² und Reder-Frischenschlager-Affäre¹⁷³) kam. Die internationale Dimensionen annehmende Debatte bewirkte in Österreich einen verhängnisvollen Emotionalisierungsschub der Öffentlichkeit und eine breite Solidarisierung mit Waldheim. Die Vorstellung nicht weniger Intellektueller von einem positiven Effekt bezüglich eines Umdenk- und Lernprozesses in der österreichischen Bevölkerung im Hinblick auf eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit sollte sich als trügerisch erweisen. Während nun die Rolle von Österreichern in der NS-Zeit diskutiert wurde, versuchte die kurz nach den Nationalratswahlen gebildete Große Koalition Vranitzky-Mock die in der Debatte aufgetretenen Konfliktlinien wieder zuzudecken. Der Bundeskanzler stand zum Präsidenten, der sich nun krampfhaft um verbale Schadensabwicklung bemühte und an einer leichten Modifizierung der Staatsdoktrin vom "Opferstatus" und von der "Okkupationstheorie" zu orientieren begann, was Ziegler/Kannonier-Finster als ein "gelockertes Vergessen" bezeichnen, welches aber noch keine "Erinnerung" im eigentlichen Sinne darstellte.¹⁷⁴

Die Folgen der aufwühlenden und die Bevölkerung polarisierenden Debatte über das Staatsoberhaupt sind in ihrer Gesamtwirkung als problematisch zu bewerten. Die zunächst positiv eingeschätzten "volkspädagogischen" Effekte blieben im Ansatz stecken. Ein Kenner der Materie, Simon Wiesenthal, hielt fest, daß durch die undifferenzierten Angriffe "jahrelange Erziehungsarbeit zunichte gemacht" wurde. Heidemarie Uhls präzise Analyse der Berichterstattung in den Medien zum "Gedenkjahr 1988"¹⁷⁵ läßt auch eher darauf schließen, daß die breite Bevölkerung kaum geneigt war und sein wird, die neuen Erkenntnisse der zeitgeschichtlichen Forschung aufzunehmen und zu verinnerlichen.

Die langandauernde Debatte über Waldheim war die Entstehungsphase für einen Rechtsruck im öffentlichen Diskurs und eine Freilegung bewältigt geglaubter Ideologiepotentiale, von der die FPÖ Haiders¹⁷⁶ in der Folge bei ihrem Zulauf profitieren konnte, zumal jene den Wählern versprochene "aktive Politik" des Bundespräsidenten Waldheim - auch aufgrund der internationalen Isolation - ausblieb¹⁷⁷ und die ÖVP als Waldheim kandidierende Partei sich nicht als Partei der "Wende" präsentieren konnte und aus der Sicht ihrer Kritiker zu viele Konzessionen an den Koalitionspartner machte.

Weder in der Außen- noch in der Innenpolitik konnte Waldheim eine aktive Rolle spielen, wie er es sich ursprünglich zum Ziel gesetzt hatte.

¹⁷² Vgl. den Beitrag von Ingrid Böhler in diesem Band.

¹⁷³ Vgl. den Beitrag von Heidi Trettler in diesem Band.

¹⁷⁴ Ziegler/Kannonier-Finster, Gedächtnis, S. 230-254, hier S. 239.

¹⁷⁵ Wiesenthal, Recht, S.392; Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem "Anschluß" (Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek 17), Wien - Köln - Weimar 1992.

¹⁷⁶ Vgl. den Beitrag von Brigitte Bailer in diesem Band.

¹⁷⁷ Vgl. auch die diesbezügliche Kritik von Norbert Leser, Bilanz der Ära Waldheim, in: Gruber, Wir über Waldheim, S. 93-97, 95 ff.

Der Fall Waldheim bewirkte nicht nur den Rücktritt der eigentlichen "Aufdecker" des Skandals bzw. der Initiatoren der Affäre, Fred Sinowatz und seiner Mitarbeiter und Zuträger, sondern auch deren moralische Diskreditierung. Ein Verfahren im Zusammenhang mit der Initiierung der Kampagne gegen Waldheim durch SPÖ-Führungskreise brachten den Exkanzler in politisches Zwielficht. Die Klubobfrau der burgenländischen SPÖ, Ottilie Matysek, wollte bei einer SPÖ-Vorstandssitzung in Eisenstadt am 28. Oktober 1985 eine Andeutung Sinowatz' notiert haben, man werde noch rechtzeitig an "Waldheims braune Vergangenheit" erinnern.¹⁷⁸ Im Zusammenhang mit dieser Streitfrage klagte Sinowatz gegen den *profil*-Redakteur Alfred Worm.¹⁷⁹

Am 16. April 1991 verurteilte das Oberlandesgericht Wien im Ehrenbeleidigungsprozeß gegen Worm den Ex-Kanzler in zweiter Instanz wegen falscher Zeugenaussage zu einer Geldstrafe von 360.000. Schilling. Es bestätigte somit das im ersten Verfahren im September 1990 ergangene Urteil, das auf der Zeugenaussage der ehemaligen SPÖ-Fraktionsvorsitzenden im burgenländischen Ladtage beruhte. Sinowatz kommentierte das Urteil folgendermaßen: „Mir fehlen die Worte. Mehr habe ich nicht zu sagen.“¹⁸⁰ Die Authentizität der Aufzeichnung Matyseks und ihre daraus resultierenden Aussagen wurden von Sinowatz bis zuletzt bestritten. Sein Nachfolger als Bundeskanzler Franz Vranitzky profilierte sich als Mann der Zusammenarbeit und verkörperte die Synthese von Sozialdemokratie und Nationalökonomie.

Es verdient in dieser Analyse der Folgen der Waldheim-Affäre festgehalten zu werden, daß der Bundespräsident während seiner gesamten Amtszeit weder eine Einladung zu einem offiziellen Staatsbesuch von einem Land der "westlichen Wertegemeinschaft" noch einen Besuch von dort nach Wien erhielt. Ein Einsehen schien lediglich der Heilige Vater zu haben, der den Bundespräsidenten als "Mann des Friedens" bezeichnete und die Proteste ignorierte.¹⁸¹

Die Waldheim-Debatte führte innenpolitisch auch zu einer grundsätzlichen Infragestellung des Amtes des österreichischen Bundespräsidenten.¹⁸² Daneben stellte sich durch die langanhaltenden Diskussionen über das Staatsoberhaupt auch die Frage nach der Legitimität und Existenzberechtigung einer österreichischen Nation bzw. Identität. In diesem Zusammenhang sorgte eine aufsehenerregende Äußerung Haiders für Aufregung, der in

¹⁷⁸ „Sinowatz gegen Worm: Der Prozeß“, in: *Kurier*, 31. 7. 1987; Christoph Kotanko/Alfred Worm, "Der Aktenlauf. Neue Zeugen erschüttern die Verteidigung von SP-Chef Fred Sinowatz, er habe von nichts nichts gewußt", in: *profil*, 24. 8. 1987, Nr. 34, S. 10-13, hier S. 12; vgl. auch "'Da gib't's ka Freundschaft'. Nach dem Prozeß wegen falscher Aussage steht Fred Sinowatz als Angeklagter vor dem Noricum-Gericht", in: *profil*, 15. 4. 1991, Nr. 16, S. 26-28; "Moralische Tiefebene" und "Das Urteil und seine Folgen. 'Frei von jedem Zweifel'", in: *profil*, 22. 4. 1991, Nr. 17, S. 26-27, 32-35.

¹⁷⁹ Vgl. auch Im Namen der Republik, in: *profil* (Dokumente), 7. 12. 1987, Nr. 49, S. 1-16, hier S. 14 f. und das *Profil* "Kopf des Tages" von Karl Danninger Ex-Bauschreiber, Ex-Politiker, Aufdecker, in: *Der Standard*, 17. 2. 1992.

¹⁸⁰ Politstenogramm 1990, in: *Kurier*, 26. 12. 1990; *AdG*, 23.6.1991, B 35773

¹⁸¹ *Neue Kronen-Zeitung*, 26. 6. 1987; *Kurier*, 26. 6. 1987; *Die Presse*, 26. 6. 1987.

¹⁸² Vgl. allgemein Manfred Welan, Der Bundespräsident. Kein Kaiser in der Republik (Studien zur Politik und Verwaltung 40), Wien 1992.

demagogischer Weise von Österreich als einer "ideologischen Mißgeburt"¹⁸³ sprach, was auf breite Ablehnung stieß.

Die Skandalisierung der Verschleierung der Kriegsvorgänge von Waldheim verdeckte auch zeitweise die Megaskandale der achtziger Jahre, in die vor allem SPÖ-Spitzenpolitiker verwickelt waren. Die fortgesetzten Debatten im Zusammenhang mit der Waldheim-Affäre dienten dabei auch als Ablenkungsmanöver von den schweren SPÖ-Skandalen und Korruptionsfällen. Lange Zeit im Schatten der Diskussionen um Waldheim standen daher die Affäre Lucona¹⁸⁴ und der Noricum-Skandal,¹⁸⁵ bei dem es um illegale Waffenexportgeschäfte einer Linzer Firma in den kriegführenden Iran ging, bei denen weite Teile der staatlichen Bürokratie und politische Spitzenvertreter, wie Sinowatz, Blecha und Gratz involviert waren.

Die heftigen Diskussionen in der als "Causa Prima" bezeichneten Angelegenheit Waldheim, der Noricum-Skandal und die Affäre Lucona führten das Land in eine tiefe Identitätskrise. Selbstzweifel, Minderwertigkeitsgefühle und "Austromasochismus" wurden geortet und schienen psychologisch die regelrechte "Fluchtbewegung"¹⁸⁶ in die Europäische Gemeinschaft verstärkt zu haben, ein nach außen kurzfristig-panikartig wirkender Trend, der aber bei genauerer Analyse durch die historisch-politischen und ökonomischen Entwicklung des Landes langfristig gedeutet werden muß.¹⁸⁷

X. Zusammenfassung

Bei der Waldheim-Affäre handelte es sich tatsächlich um eine Kampagne, die zunächst von Österreich aus, v.a. von SPÖ-Kreisen, ausgelöst wurde, sich in weiterer Folge völlig verselbständigte und internationale Dimensionen annahm. Aus der Sicht der skandalisierenden SPÖ erlebte die Affäre eine Entwicklung, die den ursprünglichen Interessen der Partei

¹⁸³ Vgl. hierzu den Beitrag von Brigitte Bailer in diesem Band und zur Gesamtproblematik Hans-Henning Scharsach, Haiders Kampf, Wien 1992.

¹⁸⁴ "Filiale der Mafia", in: *Der Spiegel*, 1. 2. 1988, Nr.5, S. 118; vgl. auch den Beitrag von Gerald Freihofner in diesem Band.

¹⁸⁵ Hubertus Czernin, „Fall Noricum. Die Khol-Papiere. Wer legte wen 1986 aufs Kreuz? Die Regierung Sinowatz die Volkspartei oder die ÖVP die Öffentlichkeit?“, in: *profil*, 21. 8. 1989, Nr.34, S.12-13; Sitzungsprotokoll: Blecha beruhigte VP "Keine Noricum-Waffen im Iran", in: *Die Presse*, 25. 8. 1989; vgl. auch den Beitrag von Doris Schmidauer in diesem Band.

¹⁸⁶ Vgl. hierzu Anton Pelinka, Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa, Wien 1990.

¹⁸⁷ Margit Scherb/Inge Morawetz (Hrsg.), Der un-heimliche Anschluß. Österreich und die EG, Wien 1990³; Hans Glatz u.a. (Hrsg.), Herausforderung Binnenmarkt. Kopfüber in die EG ?, Wien 1989; Waldemar Hummer (Hrsg.), Österreichs Integration in Europa 1948-1989. Von der OEEC zur EG, Wien 1990; Stefan Grillner u.a. (Hrsg.), Europäische Integration aus österreichischer Sicht. Wirtschafts-, sozial- und rechtswissenschaftliche Aspekte, Wien 1991; Klaus Emmerich, Anders als die anderen. Österreichs neue Rolle in Europa, Düsseldorf 1992, vgl. auch Michael Gehler/Rolf Steininger (Hrsg.), Österreich und die europäische Integration 1945-1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung (Institut für Zeitgeschichte, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 1), Wien - Köln - Weimar 1993.

zuwiderlief. Steyrer verlor die Wahl und Sinowatz mußte zurücktreten. Der amtierende Bundespräsident trotzte dagegen allen Angriffen, was der Förderung seines Images allerdings nicht dienlich war. Allen in allem handelte es sich um eine nahezu perfekte Dramaturgie. Alle Akteure spielten ihre Rollen ausgezeichnet, was auch der Mehrheit des Publikums, welches sich vollkommen regiemäßig verhielt, entsprechend emotionalisierte, empörte und mit Genugtuung erfüllte. Zu diskutieren bleibt noch, wer die Regie des Dramas führte.

Die Kampagne gegen Waldheim bewegte sich im wesentlichen auf zwei Schienen: Einerseits stand sowohl implizit als auch explizit der Vorwurf im Raum, er habe Kriegsverbrechen begangen; andererseits wurde betont, Waldheim sei als Bundespräsident wegen seines ungeschickten bzw. unglaubwürdigen Verhaltens ("Pflichterfüllung") ungeeignet. Beide Argumentationsmuster waren von Anfang der Debatte an vorhanden und führten auch dazu, daß im innerösterreichischen Diskurs Waldheims Anhänger und Gegner vielfach aneinander vorbeiredeten, wobei wiederholt undifferenzierte Schuld-Begriffe verwendet wurden. Laut Karl Jaspers können diese Unterscheidungen vor der "Flachheit des Schuldgeredes, in dem alles stufenlos auf eine einzige Ebene gezogen wird",¹⁸⁸ bewahren. Daß war allerdings bei dieser Debatte nicht der Fall.

Wer sich mit der Waldheim-Affäre und ihren innen- wie außenpolitischen Implikationen - einmal losgelöst von diskurstheoretischen und soziolinguistischen Betrachtungen¹⁸⁹ - beschäftigt, kommt am Gesamteindruck kaum vorbei, daß es sich um eine zu politischen Zwecken mißbrauchte Vergangenheitsbewältigung handelte. Es war eine Kampagne, in der - wie es Norbert Leser einmal festhielt - "alle Regeln der Fairneß und Toleranz", auf die jeder Staatsbürger Anspruch hat, gröblich verletzt wurden".¹⁹⁰ Dies ändert nichts am problematischen Verhalten des österreichischen Staatsoberhauptes, das anfänglich nicht imstande war, seine Position zur NS-Vergangenheit offen und klar zu umreißen und in weiterer Folge der Auseinandersetzungen sich als unfähig erwies, einzusehen, daß die Debatte um seine Person für Österreich als Ganzes eine schwere Belastung darstellte. Nach dem Urteil der Historikerkommission hätte es Waldheim in der Hand gehabt, sich mit relativ geringem Gesichtsverlust zurückzuziehen. Es bleibt zu diskutieren, ob dies ein zweiter Fehler war, nachdem er zunächst über seine Rolle im Krieg nur verschwommen und zweideutig gesprochen und trotz zahlreicher Ankündigungen von Gegenmaßnahmen, wie z.B. Klagen, allzu lange damit gezögert hatte.¹⁹¹

¹⁸⁸ Zur Differenzierung des Schuld-Begriffs (in 1. kriminelle, 2. politische, 3. moralische, 4. Metaphysische Schuld) vgl. Jaspers, Die Schuldfrage, S. 17 ff., hier S. 18.

¹⁸⁹ Vgl. hierzu präzise Wodak u.a., "Wir sind alle unschuldige Täter", S. 121-226.

¹⁹⁰ Norbert Leser, Bilanz der Ära Waldheim, in: Gruber u.a., Wir über Waldheim, S. 93-97, hier S. 94.

¹⁹¹ Waldheim ließ erst spät die Möglichkeiten einer Klage prüfen; als ihn der Präsident des WJC, Edgar Bronfman, als Teil der "Nazi-Tötungsmaschinerie" bezeichnet hatte, vgl. *AZ/Tagblatt*, 7. 5. 1987, unterschrieb Waldheim die Ermächtigung an den leitenden Staatsanwalt, Bronfman wegen übler Nachrede zu klagen, vgl. *Kurier*, 8. 5. 1987; Khol, Die Kampagne, in: ders./Faulhaber/Ofner, Die Kampagne, S. 204, meint u.a. hierzu: "Eine rechtzeitig eingebrachte Millionenklage gegen die Drahtzieher der Kampagne, die Hauptverleumder, wäre wahrscheinlich ein wirksamer Schuß vor den Bug gewesen. Da dies aber unterblieb, wurde der bereits angesprochene Mordinstinkt der Presse, vor allem der amerikanischen, geweckt und am Leben erhalten."

Bei der Eskalierung der Debatte spielten eine Reihe von in- und ausländischen Medien eine unverantwortliche Rolle, wobei diese gleichsam die Funktion von Tribunalen¹⁹² übernahmen: Zu leichtfertig gingen Zeitungen und Magazine um, als von Waldheim vorschnell als einem "SS-Schlächter",¹⁹³ "Kriegsverbrecher" und von persönlicher Schuldhaftigkeit die Rede war und Österreich in pauschalen und klischeehaften Formen präsentiert wurde. Es ist Manfred Rauchensteiner zuzustimmen, daß die Diskussion über die Kriegsvergangenheit Waldheims in den USA "auf geradezu irrationale Art" eskalierte und "zeitweilig mit einer Unsachlichkeit und mit einer durch keinerlei Kenntnisse belasteten Unsauberkeit geführt" wurde.¹⁹⁴

Die Affäre hielt eine Meinungs- und Nachrichtenindustrie in Schwung. Die sich häufenden Informationen entwickelten laut Wiesenthal eine "ungeheure mediale Eigendynamik"¹⁹⁵ an ständig neuen "Enthüllungen", die weit über das Ziel hinausschossen. Thomas Chorherr schrieb dazu: "Selten noch hat sich die Macht der 'vierten Gewalt', eben der Medien nämlich, so deutlich gezeigt - und gleichzeitig die Tatsache, daß es auch so etwas wie einen Machtmißbrauch geben kann, dann jedenfalls, wenn er in Meinungsterror ausartet."¹⁹⁶

Es handelte sich bei der Waldheim-Affäre zweifelsohne um eine schwere, wenn nicht um *die* schwerste Krise für das staatliche Selbstverständnis Österreichs seit 1955. Die USA hatten einen demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt in der Weltöffentlichkeit nicht nur politisch brüskiert, sondern auch moralisch geächtet, wobei die Unterscheidung zwischen Privatperson und Würdenträger nicht glaubhaft wirken konnte. Der österreichische Bundespräsident wurde durch die Watchlist-Entscheidung inkriminiert, zumal die Verleumdungen gegen seine Person nun eine gewisse Legitimation erhielten, eine Vorgehensweise, zu der sich Israel nicht durchringen konnte, welches allerdings Waldheims Mitschuld an Kriegsverbrechen konstatierte. Die amerikanische Entscheidung führte dazu, daß Waldheim während seiner sechsjährigen Präsidentschaft keine Einladung eines westlichen Landes erhielt, sieht man von der Einladung Waldheims, kurz vor Auslaufen der Amtszeit, zum konservativen "Peutinger Collegium" zwecks Verleihung der "Ehrenkollane" (für die Erhaltung des Weltfriedens) im März 1992 in München, verbunden mit einem Treffen Helmut Kohls, ab.¹⁹⁷

Mit der internationalen Ächtung Waldheims wurde gegen einen Grundsatz westlichen Rechtsdenkens der Unschuldsvermutung verstoßen: So lange Kriegsverbrechen nicht belegbar sind, so lange müßte der Angegriffene Anspruch haben, als unbelastet im rechtlichen Sinne zu gelten. Die Reklamierung dieses Prinzips machte es der SPÖ unter Kanzler Vranitzky möglich, sich in dieser diffizilen Situation auf die Seite Waldheims zu schlagen. Es ging jedoch ab einem

¹⁹² Vgl. Schollum, Die "Waldheim-Kampagne", S. 113-118;

¹⁹³ Das Massenblatt *New York Post* hatte unter dem Titel "Papers show Waldheim was SS Butcher" berichtet, vgl. Faksimile in: *profil*, 7. 4. 1986, Nr. 15, S. 40 und hier auf S. 663

¹⁹⁴ Rauchensteiner, Historiker, in: Gruber u.a., Wir über Waldheim, S. 134.

¹⁹⁵ Wiesenthal, Recht, S. 384.

¹⁹⁶ *Die Presse*, 4./5. 7. 1987.

¹⁹⁷ "Viel Wirbel um Waldheim-Visite. Jüdischer Weltkongreß rügt Kohls 'moralische Dickfelligkeit' - Scharfe Reaktion des Kanzlers", in: *Coburger Tageblatt*, 28./29. 3. 1992. Kohl erwiderte auf Proteste des WJC: "Mit wem ich mich hier in München gemeinsam mit meinem Freund Max Streibl treffe, das bestimme ich als Bundeskanzler. Da brauche ich keinen Ratschlag."

gewissen Zeitpunkt der Debatte gar nicht mehr um ein unverzichtbares Rechtsgut der Unschuldsvermutung, auf das sich Waldheim und seine Verteidiger beriefen. Es ging, als deutlich wurde, daß Waldheim weder überzeugter Nationalsozialist noch Kriegsverbrecher war, weniger um echte Mittäterschaft oder passive Mitverantwortung als um Gedächtnislücken oder bewußtes Lügen. Zur Diskussion stand nun, ob Waldheim seinem Land (vor dem Hintergrund der aufgebauten Optik) noch dienen oder nur schaden könne. Damit entlarvten sich manche Betreiber der Kampagne in ihrer Doppelmoral und Unaufrichtigkeit. Jene aktiven Waldheim-Gegner, die ihn als Kriegsverbrecher denunzierten und zu den Urhebern der Kampagne gehörten, wollten die Unhaltbarkeit ihrer Anschuldigungen einfach nicht zugeben. So kam eine Entschuldigung für sie bis zuletzt nicht in Frage.

Die Affäre Waldheim fand ihr eigentliches Ende erst infolge der Entscheidung des Bundespräsidenten, nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stehen. Dieser Entschluß kam erst sehr spät zustande und schien Waldheim auch nicht besonders leicht gefallen zu sein, war aber vor dem Hintergrund des fehlenden Rückhalts der ÖVP für eine weitere Kandidatur seitens verständlich.

Karl Gruber, Waldheims vehementester Verteidiger, der bis zuletzt an seiner Wiederkandidatur festgehalten hatte, charakterisierte den Bundespräsidenten, den als einen "guten Demokraten" kennengelernt habe, im Februar 1988 auf seine Weise:

"Er war sicher in seinem Leben nie ein Nazi. Er ist doch der Typus eines Mannes, der vorsichtig ist und sich eher ein bißchen abdeckt, nur ja net, daß er da mitschreit. (...) Er ist der Typus des mittleren Österreicher[sic!], ein bißl vorsichtig, und da und dort eine Kleinigkeit, ein bißl Opportunismus. Aber im Grunde ein Mann, der treu zu Österreich steht."¹⁹⁸

Für viele kritische Beobachter und ausgewogen urteilende Beobachter repräsentierte Kurt Waldheim weder *den* Täter noch *das* Opfer, sondern den "typischen Österreicher",¹⁹⁹ die "Kultur des Vergessens"²⁰⁰ und "Durchschnittlichkeit" in Österreich.

Es handelte sich bei Waldheim um jene Generation von anpassungsbereiten Mitläufern, die sich nach dem Ende des Dritten Reichs in das menschlich verständliche Verdrängen der Vergangenheit flüchteten und sich dabei an den dringend erforderlichen und vielfach unbedankt gebliebenen Wiederaufbau machten, der von ihnen verlangt wurde.

¹⁹⁸ "Gruber: 'Ein mittlerer Österreicher'", in: *Kleine Zeitung*, 16. 2. 1988, S. 4.

¹⁹⁹ "Der Kandidat ist ein normaler, er ist ein echter Österreicher" so Anton Pelinka, Waldheim in uns, in: Milo Dor, *Die Leiche*, S. 16-18; Gerhard Botz, *Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung: Probleme des "typischen Österreicher[sic!]" mit der NS-Vergangenheit*, in: ders./Sprengnagel, *Kontroversen*, S. 89-104.

²⁰⁰ Vgl. Ziegler/Kannonier-Finster, *Gedächtnis*, S. 240.